

Krise der Politik als Herausforderung für neue arbeitspolitische Initiativen zur Demokratisierung der Wirtschaft¹

1. Einleitung

Spätestens mit der Weltfinanzkrise ist das Versagen der ökonomischen und politischen Eliten ein breit diskutiertes Thema.² Die Krise der Politik, wissenschaftlich seit gut einem Jahrzehnt breit diskutiert, ist – trotz Barack Obama in den USA, der Politik als Möglichkeitsraum von Freiheit, Streit und Suche nach neuen Lösungen vor dem Hintergrund der Aktualisierung der Traditionen der amerikanischen Revolution wieder ahnen lässt (Hannah Arendt „über die Revolution“ ist u. a. auch deshalb wieder lohnend zu lesen) – viel stärker ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt.³ Gleichzeitig wird immer deutlicher erkennbar, dass in der medialen Öffentlichkeit trotz mancher Risse im alten neoliberalen Einheitsdenken noch immer kaum wirklicher Raum für offene kontroverse politische Debatten entsteht – das gilt vielleicht in besonderer Weise für die Bundesrepublik, wo die politischen und wirtschaftlichen Eliten noch stärker in neoliberalen Ideologien befangen scheinen als anderenorts, dürfte aber ein genereller Zug der Zeit sein. Das Bemühen um die Rückkehr zur alten Normalität prägt die veröffentlichte Meinung. Dabei fällt auf, dass prominente Repräsentanten jener Generation von Sozialwissenschaftlern, die ihre wissenschaftliche Sozialisation in den Aufbaujahren nach 1945 erfuhr - als man „in einer Zeit neu erwachter Freiheit, die man deutlich spürte (...) kein Vergleich mit dem herunterverwalteten,

¹ Der Text entstand als Arbeitspapier im Rahmen des Forschungsprojekts „Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit.“

² D. Geoudewert (2008) diskutiert es bereits im Rückblick auf den Konjunkturzyklus von 2001 bis 2008. Das „Seerosenprinzip“ zielt auf eine durchgängige Missachtung der Herausforderungen zu einer nachhaltigen Entwicklung. K.G. Zinn (2008 und 2009) spricht vom „Unvermögen der Funktionseleiten“ und ihrer „Ignoranz gegenüber Alternativen“. Aus einer Keynesianischen Perspektive, die den ganzen Keynes zur Kenntnis genommen hat, argumentiert er, die „globale Liquiditätsschwemme wuchs über viele Jahre hinweg“, „die finanzpolitische Einfalt waltete zu lange“ und „die Dummheit und Verantwortungslosigkeit der Funktionseleiten müssen zwar letztlich die „kleinen Leute“ ausbaden, aber auch das westkapitalistische System selbst durch die Dummheit und Verantwortungslosigkeit seiner neoliberalen Apologeten schwer beschädigt.“ (Zinn 2008, 7 u. 10) „Vertrauensverlust“ und „Ratlosigkeit“ avancierten in den Medien zu Modevokabeln“ (Zinn 2009, 28), nachdem sie bei konflikthaft zugespitzten Umstrukturierungen von Konzernen und Unternehmen in der Folge marktradikaler Strategien für unmittelbar oder auch nur mittelbar betroffene Beschäftigte im vorausgegangenen Konjunkturzyklus schon wiederholt zu beobachten waren. Das Entstehen von „Parallelwelten“, wohlgemerkt aus der Sicht der Betroffenen selbst, – hier die Funktionseleiten des Top-Managements, dort die Masse der Beschäftigten – ließ sich in entsprechenden Fallanalysen in eher beunruhigender Weise ausmachen (Martens/Dechmann 2009: 44ff).

³ Gegenwärtig wird ja zu recht darüber spekuliert, ob er „ein neuer Clinton oder ein neuer Roosevelt“, so die Frage von I. Solty in einer der letzten Nummern des Argument (278, 510 ff), werden wird, aber die Frage steht hier für mich nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit.

trostlosen Zustand der Universität heute“, studieren konnte (C. Meier 2009)⁴ - gegenwärtig mit einiger Skepsis den Zustand des Wissenschaftsbetriebes wie auch des demokratischen Gemeinwesens reflektieren, sich fragen, wie Demokratie, wenn sie im öffentlichen Diskurs die existentiellen Fragen nicht mehr berühre, noch für die Menschen spürbar bleibe und ob sie selbst – im expliziten Vergleich mit den Eliten des Landes - „denn ein Auslaufmodell (sein), das (...noch) nach der Zukunft frage“ (Meier a. a. O.). Anderen wissenschaftlichen Beobachtern im Spektrum der Linken erscheinen demgegenüber in unseren Zeiten tief greifender Umbrüche und Krisen „substantielle Veränderungen im Sinne der Überwindung von Pfadabhängigkeiten“ und „politische Innovationen“ (Lange 2008 u. 2009) wichtig. Oder sie plädieren wie K. G. Zinn (2008, 15) dafür, „gerade bei wissenschaftlich umstrittenen Lagebeurteilungen, nicht nur eine, sondern alle konkurrierenden Sichtweisen zu präsentieren.“ Wenn die seit über einem Jahrzehnt laufende akademische Debatte um die Krise der Politik ihre Berechtigung hat, dann käme es heute mehr denn je darauf an, „den unterbrochenen Diskurs über das Gemeinwohl (...) wieder in Gang zu bringen (...), nicht nur in Philosophie-Seminaren“ (Bauman 1999, 97).

Entsprechende Debatten werden allerdings in einer breiteren Öffentlichkeit kaum in Gang kommen, solange nicht Bewegung von unten entsteht. Dass dies in Phasen krisenhafter Entwicklungen geschieht, ist nach historischer Erfahrung weniger wahrscheinlich als in Phasen der „Öffnung des sozialen Raums“, wie etwa nach 1968. Andererseits werden im Diskurs über Nachhaltigkeit anspruchsvolle Zielsetzungen im Rahmen neuer „hinreichend breiter, handlungsfähiger und handlungsbereiter Akteurskonstellationen (...) immer wieder neu zu konfigurieren“ als realistische, wenn auch massive politische Herausforderung“ angesehen (Lange 2008: 37), dürften sich Krisenentwicklungen zuspitzen, und sind unter der Oberfläche längst erhebliche tektonische Verschiebungen im Bewusstsein großer Bevölkerungsschichten im Gange.⁵ Man soll sich in der Bundesrepublik angesichts der ökologischen und neuen arbeitspolitischen Herausforderungen in der Folge der Weltfinanzkrise jedenfalls über die Konjunktur der Liberalen nicht täuschen. Die Liberalen sind zunächst einmal kurzfristig Krisengewinnler gegenüber den erodierenden Volksparteien. Sie können derzeit sowohl die vermögenden Klassen wie auch das unter Druck geratene Kleinbürgertum („Präkarisierung ist überall“, R. Castel) mobilisieren.⁶ Wie das bei fortgesetz-

⁴ Ganz ähnliche Einschätzungen wie die des Historikers C. Meier findet man z.B. auch in dem sehr ausführlichen Interview mit M.R. Lepsius (2008) aus Anlass seines 80. Geburtstags.

⁵ Alle neueren Untersuchungen zum Wandel des Bewusstseins höher qualifizierter Angestellter und ebenso die Befunde aus Untersuchungen zu industriellen Konflikten über den jüngsten Konjunkturzyklus hinweg sprechen für diese Annahme. Hierzu, wie auch zur Diskussion der einschlägigen angestelltensoziologischen Literatur vgl. Martens/Dechmann 2009, 58-72 sowie 92-100.

⁶ Vgl. aber auch die Einschätzungen der Redaktion des „Sozialismus“ (10/2009,3), die in diesem Zusammenhang den Politikwissenschaftler F. Walter zitiert: „Geht eine Epoche zu Ende, implodiert ein Regime, scheitert ein politisches oder soziales System – übrig bleiben immer auch die Nutznießer des Überkommenen, die sich dann sofort besonders eng um die

ter ökonomischer Krise, mit einschneidenderen Folgen für Arbeitsmärkte, Staatsverschuldung und Sozialpolitik weitergeht, bleibt abzuwarten. Dennoch - oder gerade deshalb, wenn man die mögliche „Brückenfunktion“ kritischer Intellektueller und ihrer Diskurse ernst nimmt (Wolf 2001) - ist ein Nachdenken über die möglichen Richtungen solcher Debatten, die erst noch eine breitere Öffentlichkeit herstellen müssten, gerade jetzt wichtig. Es bedeutet eben diese „Brückenfunktionen“ wahrzunehmen, bzw. sich darauf vorzubereiten. Gemessen an den gesellschaftspolitischen Problemen, denen wir heute gegenüberstehen, der Offenheit der Verzweigungssituation, der Risiken der weiteren Entwicklung usw., wird im Übrigen gesellschaftlich beschämend wenig an Ressourcen in entsprechende Problemanalysen und Debatten gesteckt. Auch dies gilt es deutlich zu machen.

Im Folgenden sind allerdings nicht die ökonomischen Kontroversen, die in eine breitere Öffentlichkeit gehörten, mein Thema. Es geht vielmehr um die Krise der Politik, seit mindestens einem Jahrzehnt Thema wissenschaftlicher Diskussionen, als Herausforderung für neue arbeitspolitische Initiativen. Ich werde dazu zunächst auf demokratiethoretische Fragen eingehen, die mit der 68er Bewegung im Sinne radikal-demokratischer Vorstellungen neu aufgeworfen und dann von den herrschenden Eliten im Sinne einer Weiterentwicklung von Demokratie als Herrschaftsform verarbeitet wurden (Kapitel 2), um danach die aktuellen Debatten um die Krise der Demokratie⁷ angesichts der Herausbildung „postdemokratischer Konsensgesellschaften“ aufzugreifen (Kapitel 3). Bemerkenswert ist an dieser innerwissenschaftlich breit geführten Debatte, dass der Raum der Politik als Raum des Streites (J. Rancière 2002) und der Freiheit (H. Arendt 1993) dabei immer und ausschließlich im Blick auf die, von Erosionsprozessen bedrohte bzw. davon längst betroffene, bürgerliche Öffentlichkeit (Habermas 1969) gerichtet ist. Die Agora der griechischen Polis ist hier die Hintergrundfolie für den freien Meinungs-austausch und die Wissensbildung der Bürger in öffentlichen Räumen. Produktionsöffentlichkeiten im Sinne von Konzepten einer „proletarischen Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972) spielen in den aktuellen Debatten keine Rolle. Die in diesem Zusammenhang, insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, nahe liegende Frage nach der Demokratie in der Wirtschaft wurde in jüngerer Zeit in demokratiethoretischer Perspektive allein bei A. Demirovic (2007) ernsthaft aufgeworfen.⁸ Eben diese Frage will ich im Kontext mei-

politische Prätorianergarde der alten Herrschaftsideologie scharen“, und daran Überlegungen zur Neuformierung der FDP anschließt.

⁷ Zu dieser im vergangenen Jahrzehnt von ganz unterschiedlichen konzeptionellen Bezügen aus geführten Debatte vgl. insbesondere Z. Bauman (1999); W., A. Perger und T. Assheuer (2000), G. Agamben (2002), J. Rancière (2002), Heil/Hetzl (2006), C. Mouffe (2007), P. Manow (2008), W. Fach (2008) und C. Crouch (2008).

⁸ Sie wird aber als Herausforderung der Erörterung der „Probleme und Perspektiven der partizipativen und sozialen Demokratie, der Geschlechterdemokratie, der Wirtschaftsdemokratie und des öffentlichen Sektors vor dem Hintergrund der aktuellen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus“ aktuell. Wie die Herausgeber der Zeitschrift „Widerspruch“ im Editorial des Heft 55 „Demokratie und globale Wirtschaftskrise“ zutreffend schreiben. Vgl. dort auch Krätke 2008 und Demirovic 2008.

ner Überlegungen aber in allgemeiner Form aufgreifen (Kapitel 4), um dann mit einigen zusammenfassenden Überlegungen zu schließen (Kapitel 5).

2. Offene Fragen des demokratiethoretischen Diskurses im Ausgang der 68er Jahre

Die späten 1960er und frühen 1970er Jahre sind, insbesondere in den fortgeschrittenen westeuropäischen Ländern im Anschluss an die Studentenbewegung von 1968 von zeitgenössischen wissenschaftlichen Beobachtern als eine Zeit des wieder Aufbrechens von Klassenkämpfen interpretiert worden (Crouch/Pizzorno 1978). Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit war der allgemein bestimmende gesellschaftstheoretische Bezugsrahmen der Zeit. Die ökologische Herausforderung hatte ihn noch nicht erweitert. Was sich damals, v. a. in Italien und Frankreich, in Streiks der fordistischen Massenarbeiter ausdrückte, in einer wachsenden tarifpolitischen Handlungsmacht von Gewerkschaften, etwa in der Bundesrepublik und im vereinigten Königreich, und in zunehmender Kritik der Arbeitenden an einer hochgradig arbeitsteiligen taylorisierten Produktion, u. a. in Gestalt weiteren Streiks⁹ oder auch von Absentismus, sichtbar wurde, führte so in der Bundesrepublik zu einer neuen arbeitspolitischen Reformkonstellation. Sie wurde unter der ersten sozialdemokratisch geführten Bundesregierung vom damaligen Bundeskanzler W. Brandt auf die Formel des „mehr Demokratie wagen“ gebracht, und mit ihr ist in arbeitspolitischer Hinsicht insbesondere das „Forschungs- und Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens“ (HdA) verknüpft¹⁰.

Betrachtet man die damaligen Aufbruchsjahre einmal nicht unter dem Blickwinkel des Überschreitens des Scheitelpunktes des später so bezeichneten fordistischen Regulationsmodells (Lipietz 1993, Aglietta2000) vorrangig in ökonomischer Perspektive im Hinblick auf damals neu auftretende Verwertungsprobleme, sondern im Hinblick auf damals ja durchaus virulente Fragen der demokratischen Weiterentwicklung der fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften, dann ging es um Fragen, die -folgt man H. Arendts Rezeption der Schriften von T. Jefferson (Arendt 1974) – seit Beginn des Jahrhunderts der Revolutionen immer wieder reflektiert worden sind. Mit T. Jefferson gesprochen ging es auf dem Scheitelpunkt des fordistischen Regulationsmodells darum, wie die nächste Generation die demokratisch verfasste Gesellschaft weiter entwickeln würde.

In vielerlei Hinsicht galt dabei gerade für die 68er-Bewegung, dass Konflikte, um verdrängte Vergangenheiten, die alte Honoratiorenuniversität, die Kritik an der Ausbeu-

⁹ In den 1973er Streiks in der Bundesrepublik gerade auch von an- und ungelerten Beschäftigten (Kern 1994, Müller-Jentsch 1974).

¹⁰ Aktuelle Rückblicke auf das damalige HdA-Programm finden u. a. bei Fricke 2004 und bei Peter u. a. 2009. Vgl. dort insbesondere die im Blick auf die aktuelle Lage anregende Bewertung der damaligen reformpolitischen Konstellation.

tung der dritten Welt, in den alten Kostümen früherer Kämpfe aufgeführt wurden (Marx). Erst für die Themen neuer sozialer Bewegungen, deren (Neu)Anfänge ebenfalls in dieser Zeit lagen, also der Frauen- und der Ökologiebewegung, galt das nicht mehr in dieser Weise. Aus den Umbrüchen der Zeit entstanden in den fortgeschrittenen westlichen Ländern neue arbeitspolitische Reformkonstellationen, in der BRD in Gestalt des „Forschungs- und Aktionsprogramms Humanisierung des Arbeitslebens“, mit denen u. a. auch radikaldemokratische Innovations- und Veränderungsimpulse verknüpft waren. Aber es gab eben auch früh erkennbar Grenzen, die ihnen durch das bestehende Institutionengefüge der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft (v. Ferber 1961) gezogen waren. Es gab die Irrtümer demokratisch-zentralistischer Organisationskonzepte, nicht allein aus der kommunistischen Tradition der Arbeiterbewegung heraus, die eher radikaldemokratische Ansätze gerade nicht beförderten¹¹; und es gab, ebenfalls gegenläufig zu solchen radikaldemokratischen Ansätzen, auch neue Prozesse der Reorganisation von Herrschaft aus einem Elitedenken heraus, das politische Demokratie als Herrschaftsform begreift und auf eine Hypostatisierung der repräsentativen Demokratie in ihrer geschichtlich erreichten Form unter Ausklammerung aller darin eingebauten Oligarchisierungstendenzen zielt.

Das Verhältnis von repräsentativer Demokratie und radikaldemokratischen Ansätzen - von H. Arendts Jefferson-Rezeption über die Räte in den proletarischen Revolutionen (v. Oertzen 1963) - ist in einer neuen arbeitspolitischen Dimension, also im Blick auf die Demokratisierung betrieblicher Herrschaftsverhältnisse, kaum einmal aufgegriffen worden. Neue radikaldemokratischen Beteiligungsansätze aus dieser Zeit, von R. Jungks „Zukunftswerkstätten“ (Jungk/Müllert 1981) bis zu P. Dienels „Planungszellen“ (Dienel 1977 und 1997), erlebten nur einen kurzen Frühling – und dies vornehmlich in Bezug auf Bereiche außerhalb der Sphäre der Produktion.¹² Entsprechende grundsätzliche Überlegungen bei P. Feyerabend (1982)¹³ verblieben im

¹¹ So entsprach die Reaktion der IG Metall auf die auch als Folge der Bildungsobleutebewegung gewerteten Septemberstreiks einem in den Gewerkschaften tief verwurzelten demokratisch-zentralistischen Organisationsverständnis – organisatorisch durch Installation geeigneter Kontrollmechanismen und inhaltlich durch die Korrektur des Erfahrungsansatzes (Negt 1967) In den Worten eines der aus der Bildungsobleutezeit hervorgegangenen „69er“ Betriebsräte: „Und später, nachdem die IG Metall die Bildungsobleutearbeit gekippt hatte – die Bildungsarbeit ging ja weiter, nur sie erhielt eine andere Qualität und andere Leute -, habe ich auch Arbeiten in Gruppen gesehen. Da kann man nur sagen, es war schlimmer Wortradikalismus, und es war dieser Ansatz nicht mehr zu erkennen“ (Schrade 1994: 23). Vgl. systematisch und ausführlich zu diesen Entwicklungen den gerade erschienenen hoch informativen Rückblick in der Matthöfer-Biographie von W. Abelshäuser (2009,140-201).

¹² Auf beide Sphären bezogen waren die Beiträge zum Themenbereich Partizipation auf dem Soziologentag 1976 (Pirker 1978).

¹³ In „Erkenntnis für freie Menschen“ heißt es in erkenntnistheoretischer wie politischer Perspektive: „Bürgerinitiativen und nicht Erkenntnistheorie verschaffen uns Freiheit. (...) Freie Gesellschaften werden geschaffen und verändert durch Bürgerinitiativen und die damit verbundenen offenen Verfahrensweisen. Er lernt hier, wie man Probleme erkennt, wie man sich nötige Kenntnis aneignet, wie man ihre Haltbarkeit prüft, er lernt, wie man entscheidet, indem

Rahmen philosophischer und wissenschaftstheoretischer Debatten. Über praktische Erfahrungen mit bürgernahen Beteiligungsformen ist typischerweise, etwa auf der Wuppertaler Tagung zu 25 Jahren Erfahrungen mit Planungszellen¹⁴ vor allem im Zusammenhang mit Aufbruchsphasen berichtet worden: in Spanien, insbesondere Katalonien, nach Franco, und punktuell unter Aufnahme von Impulsen aus der Agenda 21¹⁵, in Südafrika nach dem Ende der Apartheid.

Mit dem Abflauen der Bewegungen, die die damalige Reformkonstellation herbeigeführt hatten, und angesichts der flexiblen Anpassungsleistungen des bestehenden Institutionengefüges mittels derer sie eingefangen wurden, und das die Überzeugung von der nun wirklich erwiesenen Leistungsfähigkeit der vorhandenen Formen repräsentativer Demokratie und konstitutionell verfasster Unternehmen und Betriebe festigte¹⁶, verloren sich die skizzierten praktischen, und demokratiethoretisch beachtlichen Impulse. Prägend wurde seit der Mitte der 1970er Jahre eine politisch durchgesetzte Entwicklung, die zugleich auf die sozialen Bewegungen der Zeit wie auch auf die veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals reagierte, die näher betrach-

er selbst Entscheidungen trifft und ihre Folgen studiert. Keine Schule, kein Lehrplan, kein noch so kluges Buch kann diese Erfahrung ersetzen“ (Feyerabend 1980, 163 u. 165f).

¹⁴ .Vgl. zu Erfahrungen mit P. Dienels Planungszellen den Tagungsbericht: „Reflexive Demokratie – 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum die Bürgerrolle wirklich zu öffnen“ (Martens 1998), sowie genereller zu Konzepten und Modellen von Beteiligung (Martens 2002b).

¹⁵ Die „Rio-Deklaration“ der Konferenz der Vereinten Nationen für „Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und der Agenda 21 zielten auf eine Stärkung der Rolle wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und die Entwicklung neuer Beteiligungsformen. Damit verbanden sich Hoffnungen darauf, dass die 1990er Jahre zum einen Jahrzehnt ökologischer Erneuerung werden könnten. In der Bundesrepublik Deutschland ist der weitere Diskurs geprägt durch das Umweltgutachten des Sachverständigenrates der deutschen Bundesregierung von 1994, die Berichte der Enquetekommissionen des Bundestages von 1994 und 1998 „Schutz des Menschen und der Umwelt“ sowie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt und Energie, die 1995 im Auftrag von BUND und MISERIOR erstellt wurde. Ökologische Erneuerung wurde in diesem Kontext zu einer Herausforderung auch für die Gewerkschaften. Die Mobilisierung nicht nur von politisch administrativem System, Parteien Verbänden und Wirtschaft, sondern auch von weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bürgern und Medien wäre am Beginn dieses Prozesses zu erhoffen gewesen. Tatsächlich sind Impulse eines deutlichen Demokratisierungsschubs in diesem Sinne eher ausgeblieben. Zwar hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen deutlich der ökologischen Dimension eine vorrangige Rolle vor der sozialen und ökonomischen gegeben (Wolf, Paust-Lassen 2001, 23), dabei aber den „verantwortlichen homo oeconomicus (postuliert), der egoistisches unternehmerisches Handeln mit moralischem Handeln in Einklang bringt“ (Wolf, Paust-Lassen 2001:24) und so die Impulse der Agenda eher in ein übergreifendes neoliberales und entpolitisierendes Modernisierungskonzept eingepasst. Die erhofften „politischen Innovationen“ (Lange 2009) blieben weitgehend aus.

¹⁶ In Bezug auf das arbeitspolitische Handlungsfeld sind insbesondere die Reform der Betriebsverfassung von 1972 und das Mitbestimmungsgesetz von 1976 zu nennen, mit dem den Gewerkschaften aber auch die Grenzen ihrer damaligen Mitbestimmungspolitischen Initiative aufgezeigt worden sind. Auch Anpassungsleistungen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik nach den Septemberstreiks waren zu verzeichnen - allerdings ohne Durchbrüche zu der damals diskutierten betriebsnahen Tarifpolitik, mittels derer die erheblich gewachsene Spanne zwischen im Flächentarif vereinbarten und unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern geschlossen werden sollte.

tet zugleich zweierlei ist: zum einen ein tief greifender Umbau der wohlfahrtsstaatlich orientierten westlichen Nachkriegsdemokratien, der im Rückblick als epochaler Umbruch erkennbar wird (Scholz u. a. 2006, 180-269)¹⁷ Zum anderen so etwas wie eine „paradoxe Wunscherfüllung“ (Wolf 1999) wichtiger Ziele der damaligen sozialen Bewegungen. Die Impulse der Ökologiebewegung haben angesichts der „neoliberalen Konterrevolution“ (M. Friedman), zumal nach der Implosion des Realsozialismus, bislang keinen neuerlichen Demokratisierungsschub auslösen können.

An die Stelle von tayloristischer Massenproduktion und Massenkonsum, keynesianisch eingebetteter kapitalistische Marktökonomie und Sozialstaatlichkeit demokratisch verfasster Gesellschaften traten eine allenthalben entfesselte Marktökonomie mit einer zunehmend von der Realwirtschaft abgekoppelten spekulativen Finanzwirtschaft, der neue Primat des Shareholder Value, transnationale Konzerne als Treiber der neuen Business Regulation, eine mikroökonomische Feinsteuerung, die Pluralisierung der Lebensstile, Polarisierung der Einkommen und fortschreitende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Maßgeblich forciert wurde diese Entwicklung mit der fortschreitenden EU-Integration, die spätestens seit den Beschlüssen von Mailand 1986 den hajekanischen ökonomischen „Katastrophenkurs“ forciert hat, von dem K. G. Zinn spricht (Zinn 2003), und der im Kern globalisierungsverstärkend wirkt: der Vorrang für unternehmerische Freiheitsrechte in der EU gefährdet so das verfassungsrechtliche Gebot der Sozialstaatlichkeit in einem Mitgliedsland wie der Bundesrepublik (Wolf 2009). Wir haben heute ein Europa, dessen „Verträge die Angehörigen der Mitgliedsstaaten nicht als Bürger (citoyens), sondern als Wirtschaftsfaktor im Markt (Marktbürger)“ adressieren, wie der Verfassungsrechtler Wolfgang Nettesheim feststellt.¹⁸ Wir befinden uns deshalb seit langem auf dem Weg von einer EU, die noch das Anhängsel von „keynesianischen“ nationalen Ökonomien gewesen ist, zu einem Europa, das einem als ein „hajekianisches“ europäisches Projekt erscheinen muss, in dem Entscheidungen von scheinbar neutralen Fachleuten ohne hinreichende demokratische Legitimation vollzogen werden.¹⁹ Die jüngsten Urteile des EUGH zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zeigen, dass die unternehmerische Niederlassungsfreiheit höher gewichtet wird als politische und soziale Grundrechte seiner Bürger (Höpner 2008). Vor allem im Zuge weiterer Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden Arbeitnehmerrechte weiter geschwächt. Es ist durchaus folgerichtig, dass diese Entwicklung in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Merkel im Jahre 2005 in bewusster

¹⁷ Die These eines wirklichen Epochenbruchs (Wolf 2006 und 2008c) hat sich im Lauf der Debatten des Dialogprojekts Forum Neue Politik der Arbeit, das sich seit Ende 2001 kontinuierlich entwickelt hat (www.FNPA.de), als eine überaus fruchtbare Arbeitshypothese erwiesen, die inzwischen als vielfältig bestätigt gelten kann.

¹⁸ Zitiert nach Dräger 2007

¹⁹ Vgl. neben Scholz u. a. 2009 auch die Dokumentation des FNPA-Workshops „Soziales Europa? Bestandsaufnahme und Perspektiven. Anforderungen an linke Europapolitik in Deutschland, Berlin 12./13.10. 2007 (www.FNPA.de). Als frühen gewerkschaftlichen Beitrag zu dieser Debatte siehe auch Zwickel 1995.

Anspielung auf die Brandt'sche Formulierung von 1969 auf die Formel „mehr Freiheit wagen“ gebracht wurde. Allerdings ist darin dann wohl der „politische und emanzipative Freiheitsbegriff der Arbeiterbewegung (...) in einen destruktiven ökonomistischen auf der einen, in einen aller sozialen Einbettung entkleideten individualistischen Freiheitsbegriff auf der anderen Seite umgedeutet worden“, wie D. Scholz (2009, 7) jüngst in seinem Vorwort zu einem Sammelband formuliert hat, in dem das bisweilen geradezu als „einfache ‚Bierdeckellösung‘“ (Peter 2009a, 77) für die eben umrissenen Entwicklungen diskutierte Bedingungslose Grundeinkommen kontrovers diskutiert wird.²⁰ Gegenüber libertären Konzepten, die „Arbeit und Freiheit im Widerspruch“ sehen²¹, müsste eine neue Inbesitznahme des Freiheitsbegriffs für Arbeitspolitik auch die nach 1968 virulenten Fragen einer weiter fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft neu aufwerfen. Damit sind wir zugleich bei der aktuellen Debatte um die Krise der Politik und der Demokratie angekommen.

3. Die aktuelle Debatte um die Krise demokratischer Politik

Im Ergebnis des skizzierten epochalen Umbruchs seit der Mitte der 1970er Jahre spitzen sich inzwischen demokratiethoretisch bedeutsame Probleme zu.²² Autoren eher populärwissenschaftlicher Arbeiten, wie z. B. D. Goeudevert (vgl. Fn1) schließen in ihre Analysen des Versagens gesellschaftlicher Funktionsebenen eine entsprechende Kritik der politischen Eliten mit ein, und vom „Unvermögen“ und der „Ignoranz der Funktionsebenen“ insgesamt spricht, wie schon erwähnt, auch K. G. Zinn (2008 u. 2009) in aktuellen Analysen der Weltfinanzkrise und ihrer weiteren Folgen.²³ W. Streeck – zu Beginn der Dekade noch Stichwortgeber rot-grüner Arbeitsmarktpolitik im Zeichen von New Labour - hat in seinen Überlegungen über „die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung“ – also noch vor deren Krise – von der „Governance-Forschung als Schwundstufe der Steuerungstheorie“ und „Politikforschung ohne Demokratie“ gesprochen (Streeck 2008, 6 u. 9) und zu einer „Wiederbelebung der

²⁰ Vgl. bei Peter (2009a, 68-72) insbesondere auch die Kritik an der auf Arendt zurückgehenden Trennung von Arbeit und Interaktion bei wichtigen wissenschaftlichen Befürwortern des Bedingungslosen Grundeinkommens, die nicht zufällig „aus dem (z. T. ehemals) ‚Frankfurter Spektrum‘ kommen (Peter 2009, 68). Wer heute ernstlich die Frage nach einer Demokratisierung der Wirtschaft stellen will, wird an diese Kritik anknüpfen müssen.

²¹ Vgl. die entsprechenden Beiträge, insbesondere von T. Loer und S. Liebermann in Neundorff u. a. 2009)

²² R. Heil und A. Hetzel (2006, 7) beginnen so die Einleitung zu dem von ihnen herausgegebenen Sammelband zur „Kritik und Perspektiven der Demokratiethorie mit der Behauptung einer realen und legitimatorischen Krise“ der Demokratie und verweisen dazu auf „das Beispiel der EU“ sowie darauf, dass dessen Mitgliedsstaaten auch intern Entscheidungskompetenzen, etwa an die Wirtschaft, abgetreten haben.

²³ Noch schärfer fällt das Urteil P.- Krugmans aus (zitiert nach Bischoff/Detje, 2009, 30), wenn der im Blick auf die herrschende Politik im EU-Europa konstatiert: „Eine erbärmliche politische Führung ist ein Teil der Geschichte. (...) Um in den USA etwas zu finden, das mit den vollkommen unwissenden Hasstiraden des deutschen Finanzministers vergleichbar wäre, muss man schon Republikanern lauschen.“

aufklärerischen Traditionen der Sozialwissenschaften“ (Streeck 2008, 23) aufgefordert. Zur Krise der Demokratie ist es hier nicht mehr weit. Die Erosion des „demokratischen Gedankens“ und „in Teilen der Bevölkerung“ die Zerstörung des „Vertrauens in die Demokratie“ (Embacher 2009, 129) sind für die Bundesrepublik durch eine aktuelle empirische Untersuchung belegt. Und zur Krise der Demokratie gibt es seit mindestens einem Jahrzehnt eine intensive wissenschaftliche Debatte, innerhalb derer eine wachsende Zahl prominenter und ernst zu nehmender wissenschaftlicher Beobachter von einer Krise der Politik, ja zunehmend der Herausbildung „postdemokratischer“ Verhältnisse sprechen.

H. Arendt hatte nach den Erfahrungen der im totalen Krieg geendeten totalitären Regime, die nach ihrer Totalitarismustheorie durch eine vollständige Zerstörung des Raums der Politik gekennzeichnet waren, nach den Gründen gefragt, weshalb „die Politik, das heißt das Wir, insofern wir im Plural existieren“ (Arendt 1993: 183) schief gegangen sei? Z. Bauman (1999) thematisiert die Krise der Politik im Hinblick auf einen Zerfall öffentlicher Räume, konzeptionell eng an ihr Politikverständnis angelehnt. Für ihn verdichten sich die Gegenwartsanalysen im Ausgang des 20. Jahrhunderts „zur negativen Utopie einer flüchtigen Moderne, - zu einer Moderne, die geeignet ist, das Grauen, das wir aus Orwells und Huxleys Albträumen kennen, in den Schatten zu stellen“ (Bauman 2003: 23). Für G. Agamben (2002) muss die Frage nach der Krise der Politik an der Schmitt'schen Frage nach dem Souverän ansetzen.

In einem ganzen Strang der Debatte spielen dann kritische Bezüge auf C. Schmitt (1987/29) dann eine herausragende Rolle: P. Manow (2008, 12f) argumentiert in seiner Analyse der symbolischen Ordnungen moderner Demokratien, dass diese „nicht nach-metaphysisch sondern – wenn man so will – neo-metaphysisch“ sind, um in Umkehrung einer These Schmitts, zu zeigen, „dass jede Zeit mythische Überzeugungen hat, die ihrer politischen Ordnung entsprechen“. W. Fach (2008, 240) konstatiert eine nach wie vor gegebene Affinität des Politischen „zu einer Metaphysik des Höheren, deren Ausarbeitung dann Sache geeigneter Experten ist“, wobei Schmitt als nachgerade klassisches Beispiel steht. Die Analysen beider Autoren münden u. a. in die Feststellung M. Foucaults: „In der politischen Theorie haben wir dem König noch nicht den Kopf abgeschlagen“ (Manow, 2008, 115, Fach 2008, 240). (C. Mouffe (2007) schließlich argumentiert in ihrer politisch von links motivierten Kritik an „postpolitischen Konzepten“ einer Weiterentwicklung moderner Demokratien „jenseits von rechts und links“ (A. Giddens) oder als „deliberative Demokratien“ (J. Habermas), zunächst mit Schmitt, dass die „immer gegebene Möglichkeit der Freund-Feind-Unterscheidung und der konflikthafte Charakter der Politik den notwendigen Ausgangspunkt bildet“ (Mouffe 2007: 21). Sie fordert dann aber dazu auf, mit C. Schmitt gegen ihn zu denken, um Ziele demokratischer Politik anzuvisieren. Die lägen „nicht in der Überwindung des Wir-Sie-Gegensatzes, sondern in der spezifischen Art und Weise seiner Etablierung. Demokratie erfordert eine Form der Wir-Sie-Unterscheidung, die mit der Anerkennung des für die moderne Demokratie konstitutiven Pluralismus vereinbar ist“ (a. a. O.: 22).

Agamben fragt sich und uns vor diesem Rückbezug auf C. Schmitt heute, also nach der Implosion der realsozialistischen Staaten, weshalb die Demokratie „in dem Moment, da sie endgültig über ihre Gegner zu triumphieren und den Gipfel erreicht zu haben schien, sich wider alles Erwarten als unfähig erwies, jene *zoé* vor einem nie da gewesenen Ruin zu bewahren, zu deren Befreiung und Glückseligkeit sie alle Kräfte aufgeboren hatte“ (Agamben 2002, 20). J. Rancière (2002) schließlich argumentiert in seinem politischen Manifest „über das Unvernehmen“ dass Politik immer nur als das gegen die gesellschaftliche Ordnung und ihre Herrschaftstechniken, gegen die polizeiliche Ordnung im weitesten Sinne also, gerichtete Handeln verstanden werden könne. Und solches politische Handeln als lebendiger Streit zwischen gesellschaftlich höchst Ungleichen mit dem fundamental gleichen Anspruch „leerer Freiheit“ ereignet sich in diesem Sinne „immer lokal und zufällig“ (Rancière 2002, 149). Bei aller Emphase, die er auf das immer wieder mögliche politische Handeln legt, ist er in der Analyse unserer heutigen „Post-Demokratie“ als einer „Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos*“ (a. a. O., 111) ähnlich skeptisch wie H. Arendt, Z. Bauman und G. Agamben. Ähnlich wie für C. Lefort ist es für ihn kein politisches Subjekt mehr²⁴, „das die Gesellschaft instituiert, sondern der demokratische Agon konfligierender partikularer Perspektiven“ (Heil/Hetzel 2006, 10). Und wie E. Laclau oder C. Mouffe teilt er, ohne den Begriff zu verwenden, ein agonistisches Modell des Politischen (Heil/Hetzel 2006, 15), wenn er argumentiert, es sei erst „der Streit um das Dasein der Politik, durch den es Politik gibt“ (Rancière 2002, 27). R. Heil und A. Hetzel²⁵ sprechen folgerichtig im Rahmen

²⁴ Heil/Hetzel (2006) sprechen in Bezug auf Rancière, Lefort und Derrida vom „Offenhalten der leeren Mitte der Gesellschaft“ (a. a. O., 17) davon, dass die Rolle des Subjekts der Gesellschaft geradezu unbesetzt bleiben muss (a. a. O., 10). Insofern ergibt sich ein bedeutsamer Unterschied zu dem von M. Hardt und A. Negri entfaltenen Konzept der *Multitudo*. Ihr von manchen als „theoretisches Grundlagenwerk der globalisierungskritischen Bewegung bezeichnete“ Buch (Demirovic 2007, 264) kann in einer Fußnote selbstredend nicht angemessen gewürdigt werden. Drei Hinweise auf kritische Richtungen der Rezeption will ich aber geben: Für W. Fach (2007, 234f) verkörpert ihr Konzept der *Multitudo* mit Hinweis auf das „Hegelsche Verdikt, das Volk sei ein wüster bewusstloser Haufen“ allerdings geradezu „den *Fürsten* unserer Tage“: „Die *Multitudo* als Vollenderin von Machiavelli? Damit hätte sich der Zirkel geschlossen, freilich unter verkehrten Vorzeichen: Wo der Souverän im Zentrum stand, gibt es jetzt das Volk (*multitudo* bei Spinoza) den Ton an; wo einst Herrschaftswissen kreierte wurde, wird nun über Unterwanderung räsoniert; und wo (fast) nur Politik war, ist jetzt (fast) nur POLITIK. Reine Politik ist keine Politik.“ H. Weinbach (2003, 78) kritisiert „die philosophische Praxis“ von Hardt und Negri (...) zusammengefasst als ein Projekt der Produktion von Herrschaftsmechanismen, sowohl in ihrer konkreten Textform als auch in ihren Inhalten. Und F. O. Wolf (2008, 66) hat hervorgehoben, dass ihre Arbeit angesichts einer nicht durchgehaltenen Unterscheidung von philosophischer Untersuchung und wissenschaftlicher Forschung und angesichts des Verlustes eines Absoluten Wissens wie in der Hegelschen Philosophie „die Form eines historischen Taumels annimmt, ‚in welchem kein Glied nicht trunken ist‘, und in dem vor allem die Theorie als Hase der historischen Wirklichkeit als Igel einen ebenso tolleren wie vergeblichen Wettlauf liefert - ohne jemals bei der wirklichen Globalisierung (...) oder in der wirklich existierenden politischen Debatte der weltweiten ‚sozialen Bewegung‘ ankommen zu können.“

²⁵ R. Heil und A. Hetzel (2006) beziehen sich in der Einleitung des von ihnen herausgegebenen Sammelbandes zu „Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie“ u. a. auf Z. Bauman und J. Rancière als Autoren, welche die heutigen westlichen Gesellschaften durch die „Be-

ihres Konzepts radikaler Demokratie von Politik als einer „Kraft des Instituierens, die sich nie vollständig verwirklichen kann“ (a. a. O. 18) und in der die damit synonym zu setzende Demokratie sich „niemals eine endgültige, durch einen Rekurs auf universelle Prinzipien verbindlich abgesicherte Gestalt geben *kann* und *sollte*“ (a. a. O.: 1).

Die wissenschaftliche und philosophische Debatte zur Krise der Politik ist also umfangreich, und der Kontrast zu dem „rigorosen Lächeln“ unserer Politiker²⁶, zu der Optimismuspflicht, derer sich Berater und Futurologen befleißigen, oder zu jenen, wie E. Altvater (2007) schreibt, „berufenen Optimisten (...), die das Ende des Kapitalismus in seiner Wiedergeburt als „post-moderne“ Wissensgesellschaft erblicken“, könnte nicht größer sein. Nimmt man die erwähnte neuere Debatte um die These des neo-metaphysischen Charakters auch noch moderner Demokratien hinzu, sieht man sich, gerade auch auf dem Feld der Politik, einem zumindest weithin un abgeschlossenen Prozess okzidentaler Rationalisierung und Aufklärung gegenüber. Aber gleichwohl, bei einem wirklichen Nachdenken über Politik wird man nicht umhin kommen, diese ganze Spannweite von Erwartungen und Hoffnungen auf Politik als einen Prozess der Befreiung Aller, als einen „Raum der Freiheit“ – von dem H. Arendt unter Rückgriff auf die ursprüngliche Bedeutung des griechischen Begriffs der Polis in ihren nachgelassenen „Schriften zur Politik“ spricht, oder als an die gleiche Freiheit gebundene Institutionalisierung des Streits zwischen Oligoi und Demos, wie Rancière sagt – und von Enttäuschungen über das, was als das Verschwinden der Politik möglich wurde, ernst zu nehmen. In der Spanne zwischen den kleinstmöglichen, aber jeweils unausweichlich gewordenen, interessen gebundenen Schritten herrschender Realpolitik, etwa auf den Gipfeltreffen der G8, und den Partialinteressen übersteigenden Forderungen und konkreten Vorschlägen von Vertretern neuer sozialer Bewegungen und NGOs, die unbeirrt daran festhalten, dass eine andere Welt möglich sei, geht es heute exakt um Politik als Raum des Streites (Rancière) und der Freiheit (Arendt), um politische Innovationen in dem Sinne, in dem H. Lange sie für dringend erforderlich hält, und um „das Wunder der Politik“ in dem Sinne, in dem Hannah Arendt davon geschrieben hat.²⁷

deutungslosigkeit“ der Politik (Bauman 1999, 11) oder durch eine „Post-Demokratie“ geprägt sehen, welche „unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht“ (Rancière 2002, 111). In den Beiträgen ihres Sammelbandes wird dann unter Bezugnahme auf AutorInnen wie H. Arendt, J. Rancière, G. Agamben, C. Lefort, E. Laclau, J. Derrida oder C. Mouffe . Fragen der Grundlegung radikaldemokratischer Ansätze, ihrer Anwendung auf einzelne politikwissenschaftliche Fragen, ihrer ethischen Implikationen, der Analyse von Ansätzen zum Widerstand gegen die Erosion demokratischer Strukturen, aber auch der Frage nach Grenzen radikaldemokratischer Positionen nachgegangen.

²⁶ So formuliert die polnische Literaturnobelpreisträgerin W. Sczimborska in einem ihrer Gedichte.

²⁷ In einem der Fragmente aus dem Nachlass argumentiert Arendt, „der religiösen Transzendenz des Wunderglaubens (entspreche) die in physikalischen und organischen Prozessen real nachweisbare Transzendenz jeden Anfangs mit Bezug auf den Prozesszusammenhang, in den er einbricht“ (Arendt 1993: 32) und kommt dann auf ihren Begriff des Handelns zu sprechen. Auch ihm sei es eigen, „Prozesse loszulassen, deren Automatismus dann dem

Die voranstehend genannten und in ihren Positionen knapp skizzierten RepräsentantInnen einer radikaldemokratischen Kritik an der Postdemokratie der westlichen Gesellschaften können an dieser Stelle nicht weiter vertiefend diskutiert werden, ohne den Rahmen eines Aufsatzes zu sprengen. Sicherlich mag man auch über die Krise der Politik, sofern man sie nicht so grundsätzlich thematisiert, wie dies im neueren Diskurs um die politische Philosophie geschieht²⁸, streiten können. Die gegenwärtigen pragmatischen Reaktionen der herrschenden politischen Eliten auf die Weltfinanzkrise - im Besonderen seitens der Administration des neuen US-Amerikanischen Präsidenten, der zudem durch einen bemerkenswerten demokratischen Prozess seine Mehrheit errungen hat – mag manchem Anlass zu gegenteiligen Argumenten geben. Will man aber die Hauptargumentationslinien aus dem voranstehend skizzierten, sehr grundlegend ansetzenden Diskurs zusammenfassen, so springen vor allem die folgenden Akzentsetzungen ins Auge:

Wir finden eine breit geführte Debatte über inzwischen zunehmend als „postdemokratisch“ bezeichnete Verhältnisse, die augenscheinlich auf einen zu den Demokratisierungsimpulsen der 1960er und frühen 1970er Jahre gegenläufigen Prozess neoliberalen Elitendenkens reagiert, der seinerseits aktuell in die Krise gerät. Unter unterschiedlichen Aspekten wird in der Debatte ein Mangel demokratischer Beteiligung der Vielen thematisiert:

- als Zerfall öffentlicher Räume der Freiheit oder des Streites bei zugleich deutlichen Tendenzen zu oligarchischer Elitenherrschaft (Bauman, Ranciere), denen gegenüber die Institutionalisierung grundlegender und leidenschaftlich zu führender hegemonialer Auseinandersetzungen, also der Freund-Feind-Beziehungen C. Schmitts in demokratische Formen agonistischer Konfrontation gefordert wird (Mouffe, Heil/Hetzel),²⁹
- über die Analyse eines dem Prozess der Entzauberung der alten monarchischen Ordnung komplementären Prozesses „der Verzauberung der neuen demokratischen Ordnung“ (Manow 2008, 13), der Affinität von POLITIK als

natürlichen Prozesse sehr ähnlich sieht, und es ist ihm eigentümlich, einen neuen Anfang zu setzen, etwas Neues zu beginnen, die Initiative zu ergreifen oder, Kantisch gesprochen, eine Kette von selbst anzufangen“ (a. a. O.: 34). Das „Wunder der Freiheit“, liege „in diesem Anfangen-Können beschlossen: Wenn also „der Sinn von Politik Freiheit ist, so heißt dies, dass wir in diesem Raum – und in keinem anderen – in der Tat das Recht haben, Wunder zu erwarten“ (a. a. O., 35).

²⁸ Etwa bei H. Arendt (1993, 71) in der folgenden Formulierung: „Man könnte sogar mit erheblicher Berechtigung sagen, dass gerade diese Tatsache, dass es im politischen heute um die nackte Existenz aller geht, das deutlichste Zeichen des Unheils ist, in das unsere Welt geraten ist - eines Unheils, das unter anderem darin besteht, dass es die Politik aus der Welt zu schaffen droht.“

²⁹ C. Mouffe (2007: 22) fordert, wie erwähnt, ausdrücklich dazu auf, mit C. Schmitt gegen ihn zu denken, und Heil/Hetzel (2006, 15 und 18) weisen den ihr aber auch Rancière und anderen Vertretern radikaldemokratischer Ansätze „hierzulande mit monotoner Regelmäßigkeit wiederkehrenden Vorwurf des ‚Links-Schmittianismus‘ scharf und wohlbegründet zurück.

dem „ganz anderen der gewöhnlichen Geschäftigkeit und Einsicht“ (Fach 2008, 11) zu einer Metaphysik des Höheren (a. a. O. 240) verwiesen wird;³⁰

- im Bemühen, Mythen der Begründung souveräner Herrschaft bis in ihre frühen Anfänge hinein systematisch nachzugehen (Agamben 2002), wobei von Agamben eine aus seiner Sicht konstatierbare Missdeutung des Hobbesschen Mythologems in Begriffen des Vertrags anstatt des Banns kritisiert wird.³¹

Es fällt ferner auf, dass viele der genannten AutorInnen betonen, dass sie angesichts der von ihnen analysierten Erosions- und zugleich Remystifizierungsprozesse weit davon entfernt sind, Ansätze für Umkehrungen dieser Entwicklungen erkennen zu können. Ganz ausdrücklich argumentiert Bauman in dieser Weise. Rancière betont die Zufälligkeit gelingender demokratischer Politik, und Agamben bemüht wiederholt das Bild der Schwelle zu einer neuen demokratischen Politik, an die er mittels seiner Analysen allenfalls gelange. Heil/Hetzel konzipieren radikale Politik als „die unendliche Aufgabe“. Spontan ist man hier versucht, insbesondere gegenüber den Analysen von Remystifizierungsprozessen des Politischen, mit Feyerabend zu argumentieren, dass solchen Tendenzen am wirkungsvollsten begegnet werden kann, wenn die Vielen als freie Menschen sich am politischen Prozess der Gesellschaft selbst aktiv beteiligen (vgl. Fn. 12). Aber man wird dann sogleich mit der Frage konfrontiert, in welchen gesellschaftlichen Bereichen und in welchen geeigneten Formen das geschehen kann, bewährte Formen repräsentativer Demokratie ergänzend und erweiternd. Und hier lässt einen der philosophische Diskurs zur Krise der Politik bisweilen etwas ratlos zurück, weil er je spezifische historische Entwicklungen, Bedingtheiten und Möglichkeiten demokratischer Entwicklungen - gewissermaßen im Ergebnis der Kritik früherer, vermeintlicher Gewissheiten einer gerichteten historischen Entwicklung – fast systematisch ausblendet.

Solche Ausblendungen reichen von der im Kern Kantianischen Begründung des „Wunders der Politik“ bei Arendt bis hin zu der Beschwörung des Banns bei Agamben. F.O. Wolf kritisiert daher aus der Perspektive einer radikalen Philosophie (Wolf 2002), dass „Agambens Beschwörung des Banns“, verbunden mit einer „Umdeutung der politischen Philosophie T. Hobbes“ (Wolf 2009b: 6) dahin führe, „die modernen Formen (und Widersprüche) politischer Praxis- in ihrem prinzipiell fragilen Verhältnis von konstituierender und konstituierter Gewalt – auf archaische Herrschaftsverhältnisse zu reduzieren.“ Die „Differenz zwischen modernen, ‚sachlich vermittelten‘ Verhältnissen und den vormodernen Verhältnissen persönlicher Abhängigkeit“ werde so „in der Konsequenz unsichtbar und unbegreiflich gemacht“ (Wolf 2009b, 10). Eine Perspektive auf Befreiung könne so gerade nicht eröffnet werden.

³⁰ W. Fach (2008: 7) beginnt seine Analyse des „Verschwindens der Politik“ mit einer Samuel Johnsons „Dictionary of the English Language“ von 1756 entnommenen Gegenüberstellung dieser so verstandenen POLITIK als „Science of Governement“ und dem Verständnis des Politikers als „cunning“ oder „man of artifice“, als „schlauer, ja heimtückischer Bursche (...), jemand dem wir keinen Gebrauchtwagen abkaufen würden“.

³¹ F.O.- Wolf (2009b), weist dies allerdings als Missdeutung von Hobbes zurück, die gerade eine realistische Perspektive auf Befreiung verbaue (s. u.).

Deren historisch neue Voraussetzungen im Zeichen einer unter ihrer kapitalistischen Formbestimmung weiter vorangetriebenen Entfaltung der lebendigen Arbeit kommt in den skizzierten Debatten in Politikwissenschaften und politischer Philosophie ohnehin systematisch nie in den Blick. Arbeit spielt in zeitgenössischen Demokratiekonzepten so gut wie keine Rolle. Demokratie wird nicht als „politisches und soziales Projekt“ (Lieb 2009) thematisiert.

4. „Das Wunder der Politik“: Demokratie in der Gesellschaft aber auch in der Wirtschaft

Im Zusammenhang dieser hier nur knapp skizzierten Debatten ist es bemerkenswert, dass alle Analysen, unbeschadet ihrer unterschiedlichen analytischen Akzentsetzungen, auf eine Krise gegenwärtiger demokratischer Politik zulaufen, wobei diese Kritik immer auf den in der bürgerlichen Gesellschaft bereits konstituierten und im Zuge der neoliberalen Konterrevolution zunehmend zersetzten und erodierenden Raum der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ fokussiert bleibt. Nie kommt der Raum „proletarischer Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972) als Raum der Produktion und Reproduktion des gesamten gesellschaftlichen Lebens in den Blick. Einerseits wird so die in der Tat schwierige Debatte darüber vermieden, ob in der Sphäre der Wirtschaft demokratische Entscheidungsstrukturen überhaupt möglich sind und wie Realisierungsversuche - von der deutschen Mitbestimmung³² bis hin zu neueren Ansätzen einer solidarischen oder partizipatorischen Ökonomie³³ - hinsichtlich ihrer Leistungen und Leistungsgrenzen, in ökonomischer wie demokratietheoretischer Perspektive zu bewerten sind. Andererseits wird so aber auch nicht die Frage danach aufgeworfen, ob nicht im Zuge gesellschaftlicher Entwicklungen durch die gesellschaftliche Arbeit Subjektivierungsweisen hervorgebracht werden, die das Potential demokratischer Politik im Sinne der Eröffnung und Befestigung eines Raumes des agonistischen Streits sich darüber jeweils formierender Parteien und der individuellen Freiheit Aller erhöhen – in der Sphäre bürgerlicher Öffentlichkeit, in der sich politische Demokratie seit der amerikanischen und der französischen Revolution entfaltet hat, wie auch in der davon abgegrenzten, privat verfassten Sphäre der Wirtschaft. Unbeachtet bleibt damit aber auch, dass die Sphäre der Wirtschaft im Zuge der Entwicklung einer kapitalistischen Ökonomie längst zu einer in jeder Hinsicht gesellschaftlichen Veranstaltung geworden ist. Dass die „reale und legitimatorische Krise“ der Politik (Heil/Hetzel 2006, 7) u. a. damit zu tun hat, dass der Staat Entscheidungskompetenzen an die Wirtschaft, und in der EU, die ihre Bürger wesentlich als Wirtschaftsbürger adressiert, supranational zudem an überstaatliche Bürokratien und Expertengremien abgetreten hat, wirft gegenwärtig angesichts von Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise die Frage nach der Wiederkehr des Staates auf. Radikaldemokratische Überlegungen hätten darüber hinaus aber auch die Frage zu reflektieren, ob nicht auch wirtschafts-

³² Zu einer der letzten resümierenden Bewertungen vgl. Leminsky (2001) sowie Demirovic (2007, insbes. S. 69-88).

³³ Vgl. Altvater 2006, Altvater/Sekler 2006 sowie Demirovic (2007, 273-284).

demokratische Ansätze eine Antwort darauf sein müssten, dass wir es hier längst mit öffentlichen Räumen und gesellschaftlichen Veranstaltungen zu tun haben. Die aktuellen ökonomischen Krisenentwicklungen geben entsprechenden Überlegungen, nicht überraschend, neuen Auftrieb.³⁴

Bei Jefferson, dessen demokratiethoretische Überlegungen zu Beginn des Jahrhunderts der Revolutionen Arendt (1974) in ihrer Arbeit „über die Revolution“ sehr systematisch aufgearbeitet hat, ist die Grundlage einer radikaldemokratisch gedachten Gesellschaft (1) agrarisch und (2) patriarchal. Nur auf dieser Grundlage - und unter Einklammerung der Probleme der Sklaverei und der Ausgrenzung der indianischen Urbevölkerung, die er sehr wohl sieht³⁵ - denkt er die Möglichkeit von Demokratie radikal- oder gar rätedemokratisch wie Arendt meint. Die Basis der modernen Gesellschaft heute, also 230 Jahre später, ist die industrieller Produktion und zunehmend auch industrialisierter Dienstleistungen in Zeiten subjektivierter, flexibilisierter und teilweise entgrenzter Arbeit. D. H. die Tätigkeiten, die den zunächst vollständig privater Herrschaft unterworfenen Industriearbeitern und den, ebenso in privaten Räumen belassenen, Frauen zugewiesen waren, finden heute, weiter zunehmend, in öffentlichen Räumen statt. Und diese Arbeiten werden von Menschen vollzogen, die mehr denn je über reich entfaltete Arbeitsvermögen verfügen, die zugleich auch ein gesteigertes demokratisches Potential beinhalten - was ja im Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ mitschwingt, von F.O. Wolf früh mit der Betonung der „Ambivalenzen des Selbertuns“ akzentuiert wurde (Wolf 2001, 224-2228) und sich praktisch gerade auch im Konfliktverhalten hoch qualifizierter Beschäftigter im Verlauf des Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 wiederholt gezeigt hat (Martens 2005 und 2008, Dechmann/Martens 2009, Martens/Dechmann 2010)

Im Blick auf die Resultate der zweiten industriellen Revolution wird dieses emanzipatorische Potential der Arbeit – im Grunde ganz gegen ihren eigenen Arbeitsbegriff (vgl. Martens 2008) schon von H. Arendt betont: „Die Arbeiter wurden Emanzipiert, d.h. betraten die Bühne der Politik in dem Moment, wo alle Arbeit (außer der Hausarbeit) vom Moment des Herstellens entscheidend bestimmt war“ und „das sozial Revolutionäre der industriellen Revolution liegt in der ‚Sozialisierung = Ent-privatisierung der Arbeit. Aus ihr entspringt der Sozialismus‘“, schreibt H. Arendt in ihren Denktagebüchern (Arendt 2003, 375 und 348) und diese Entwicklung „gibt allen politischen

³⁴ R. Dahrendorf (2009) soll in diesem Zusammenhang als radikaler Liberaler mit konsequent anderen Positionen nicht unerwähnt bleiben. Er hebt in einer Analyse der Weltwirtschaftskrise unter dem Begriff des „Pumpkapitalismus“ –mit dagegen gerichteten Überlegungen zu einem neuen Verhältnis zur Zeit (Mittelfrist- statt Kurzfristorientierung) als zentralem Mentalitätswandel für einen „verantwortlichen Kapitalismus“ - dezidiert nicht auf eine Stärkung von Mitbestimmung, wohl aber auf ein neues Gewicht der Stakeholder zu Lasten der Shareholder ab. Selbst darüber können – etwa über die Einbettung wirtschaftlichen Handelns in regionale Kontexte –Öffnungen zu wirtschaftsdemokratischen Überlegungen gefunden werden.

³⁵ das Problem der Ausklammerung der Frauen aus dem Raum der Politik sieht er hingegen noch nicht. Offenkundig sind hier nach den Zeiten der frühen Aufklärung die patriarchalen Strukturen des Ancien régime noch zu wirkmächtig. Reflexionen wie bei D. Diderot (1772, bei Enzensberger 1994: 273-288) dürften hier eher eine Ausnahmestellung haben.

Fragen ein radikal neues Gesicht“ heißt es in den nachgelassenen politischen Schriften (Arendt 1993,69). Aber gewerkschaftliche Arbeitspolitik hat bis heute „das Ganze der Arbeit“ (Peter/Wolf 2006, Biesecker 2006) noch kaum im Blick, und die Fabrik des Fordismus ist, wie O. Negt und A. Kluge: in ihrem Buch über „Proletarische Öffentlichkeit“ zu Recht hervorgehoben haben, auch noch zu Beginn der arbeitspolitischen Aufbruchphase der 1970er Jahre in aller Regel bestenfalls absolutistisch und vielleicht nach dem Muster institutioneller Monarchien verfasst.

Angesichts der Herausforderungen für politische Innovationen, wie sie sich im Licht der skizzierten Debatten darstellen, wäre im Hinblick auf die somit durch die gesellschaftliche Entwicklung aufgeworfene Diskussion um industrielle Demokratie und Demokratisierung der Wirtschaft auf parallele Diskussionslinien zu einer „neuen Politik der Arbeit“ (vgl. z.B. www.FNPA.de, Scholz u. a. 2006) für eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik angesichts fortschreitender gesellschaftlicher Spaltungsprozesse im Zeichen einer vermeintlichen TINA-Politik zu verweisen. Sie orientieren stark auf die Gewerkschaften als einen immer noch herausragend bedeutsamen Akteur in der Entwicklung der westlichen Demokratien (Markovits 1989), fokussieren auf neue „primäre“ arbeitspolitische Anätze³⁶ und laufen darauf hinaus, Arbeitspolitik wieder stärker als Gesellschaftspolitik zu konzipieren und u. a.:

- Perspektiven einer alternativen Wirtschaftspolitik zu entfalten und eine Politik der Befreiung mit einer Politik der Nachhaltigkeit zu verknüpfen;
- Wirtschaftspolitik als Gesellschaftspolitik ernst zu nehmen;
- das Ganze der Arbeit zu erkennen und in eine konsequente Arbeitspolitik als Gesellschaftspolitik die Dimensionen von politischer Ökologie und Gender-Politik einzubeziehen;
- eine neue Politik der Arbeit als transformatorische Herausforderung zu begreifen und zu verstehen, wie sich Struktureffekte und Handlungsfähigkeiten gegenseitig bedingen, überlagern und verstärken.

All dies mündet in die für dieses Dialogprojekt von Wissenschaft und außerwissenschaftlicher Praxis zentrale These: Die Gewerkschaften können gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit als Repräsentanten des Ganzen der abhängigen Arbeit (Kambartel 1994, Biesecker 2004) zurückgewinnen, wenn sie den Epochenbruch ins Auge fassen, strategische Wissensallianzen mit aufbauen, offene Räume des gemeinsamen Dialogs mit herstellen, ihre Bündnispolitik so erweitern und so zugleich zu einem unverzichtbaren Akteur innerhalb der im Nachhaltigkeitsdiskurs geforderten „neuen Akteurskonstellationen“ (Lange 2008) werden. Dass hier nach den „Spandauer Thesen“ (Scholz u. a. 2006, 272ff) und einer kritischen Debatte über die globalisierungsverstärkende, und national verfassungsrechtlich gebotene demokratische Grundrechte schwächende Politik der EU u. a. auch die Frage nach dem heutigen Stellenwert älterer wirtschaftsdemokratischer Überlegungen aufgegriffen worden

³⁶ Zum Konzept „primärer Arbeitspolitik“ vgl. Wolf 2001 sowie, in Auseinandersetzung mit dem Arendt'schen Politik- und Arbeitsbegriff; Martens (2008).

ist,³⁷ kann nicht überraschen.

Wirtschaftsdemokratie zielte, seit der Begriff mit F. Naphtali (1928/1968, 20f) für die deutsche Gewerkschaftsbewegung relativ eindeutig definiert ist, auf „den Ausbau der politischen Demokratie durch die Demokratisierung der wirtschaftlichen Beziehungen“. Sie zielt auf Entscheidungs- und Steuerungspositionen in der Sphäre der Ökonomie, insbesondere auch auf betriebs- und Unternehmensübergreifender Ebene. In dieser Perspektive war sie, gerade nach den Erfahrungen mit der Durchsetzung des deutschen Faschismus, auch mit den programmatischen Positionen des DGB nach 1945 eng verknüpft. Sie hat aber auch sehr viel weiter zurückreichende Vorläufer, die auf unmittelbare demokratische Beteiligung der Arbeitenden in der Fabrik, auf die Herstellung einer „konstitutionellen Fabrik“ zielten.³⁸

Die Mitbestimmungsregelungen in der Bundesrepublik Deutschland - in ihrer entfaltetsten Form in Gestalt der Montanmitbestimmung konnten vor diesem Hintergrund von U. Borsdorf (1982, 274) als „die isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit“ bezeichnet werden. Vorstellungen von Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und institutionellen Regelungen einer Unternehmensübergreifenden Mitbestimmung haben vor dem Hintergrund der noch sehr frischen Erfahrungen der „Nacht des Jahrhunderts“ in der jungen Bundesrepublik programmatisch zunächst noch einen sehr hohen Stellenwert. Die repräsentativen Formen von Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen werden zum institutionellen Kern von Mitbestimmung – und im innergewerkschaftlichen Diskurs der 1950er und 1960er Jahre durchaus unterschiedlich als Ausgangspunkt für einen weiteren Ausbau der politischen Demokratie - und so weiterer gesellschaftlicher Transformation – oder aber als Institutionen eines sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs verstanden.³⁹ Wenig reflektiert wird dabei allerdings die Frage, was an der Mitbestimmung als Teil eines wirtschaftsdemokratischen Konzepts „selbst eigentlich als Demokratie bezeichnet werden kann“ (Demirovic 2007, 23). Wie G. Leminsky (2001, 42) pointiert formuliert, ging es für O. Brenner als Repräsentanten eines Mitbestimmungskonzepts im Sinne weiterführender Demokratisierung „um eine Demokratisierung und Mitbestimmung für die Arbeiter als Klasse, nicht aber um eine Demokratisierung durch und für die einzelnen Arbeiter selbst.

³⁷ Siehe insbesondere Herft 55 der Zeitschrift Widerspruch. Vgl. außerdem den Workshop „Perspektiven der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft“ vom 30/31.01. 2009 (www.FNPA.de). Eine Dokumentation der dort geführten Debatte findet sich auf der Homepage des FNPA.

³⁸ J. Beerhorst (2009) verweist in seinem Einführungsreferat auf dem erwähnten Workshop des FNPA darauf, dass schon zu Zeiten der 1848er Revolution eine Forderung der allgemeinen Arbeiterverbrüderung auf freie Wahlen der Aufseher und Werkmeister zielte und der ADGB-Vorsitzende C. Legien zu Beginn des 20. Jahrhunderts die „Beseitigung des Absolutismus der Arbeitsorganisation durch die konstitutionelle Fabrik“ gefordert habe, eine Forderung, die zunächst über die Reichsarbeitsgemeinschaft und dann über die Novemberrevolution mit den Betriebsräten und allgemein durchgesetzten Kollektivverträgen praktische Gestalt gewann (Referatsmitschrift).

³⁹ Vgl. In diesem Zusammenhang Demirovic 2007, 22 sowie Martens 2003, 26-30

Die Schalthebel sollten über die politischen Parteien, die Gesetzgebung und entsprechende Institutionen in Besitz genommen werden.“⁴⁰ Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz tritt demgegenüber in ihrer Bedeutung eher zurück – und von einem Grundrecht auf einen Arbeitsplatz oder gar „gute Arbeit“, - das man neben den neuen Steuerungsmodellen „von oben“ als wirtschaftsdemokratische Grundlegung „von unten“ ansehen könnte (Peter 2009b), ist schon gar nicht die Rede. Die Überwindung von Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen auf der Shop-floor-Ebene ist allerdings für die Betriebsräte der späteren „69er-Generation“ prägend und ein ganz wesentliches Motiv ihres gewerkschaftspolitischen Engagements, wie W. Hindrichs u. a. (2000) anhand von ca. 20 biographischen Interviews mit Betriebsräten in der Stahlindustrie herausgearbeitet haben⁴¹, und wie das Engagement von Betriebsräten dieser Generation an Gruppenarbeitsprojekten zu Zeiten des Programms Humanisierung des Arbeitslebens und deren positive Bewertung durch sie zeigt.⁴²

Nach 1945 hat Beteiligung im Sinne direkter Beteiligung von Beschäftigten an der Gestaltung ihrer Arbeitssituation unterschiedliche Konjunkturen. Programmatisch finden sich entsprechende Vorstellungen unter dem Titel der „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ bereits in den Mitbestimmungsvorstellungen im ersten Grundsatzprogramm des DGB. Praktisch waren die ersten Nachkriegsjahrzehnte durch den Ausbau der institutionalisierten Mitbestimmung geprägt, und auf sie richtete sich auch die industriesoziologische Forschung v. a. der 1950er und frühen 1960er Jahre. Erst mit dem „Forschungs- und Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens (HdA)“ ergab sich eine neue Konstellation, in der Raum für entsprechende Entwicklungspro-

⁴⁰ Demirovic (2007: 24) spricht hier von „Verkürzungen“ (weil „die Gesamtheit der Betroffenen als Einheit gedacht und repräsentiert“ und „Mitbestimmung als Form staatlich vermittelter legal-formaler Verfahren“ begriffen wird) und „demokratiethoretischen Schwächen im gewerkschaftlichen Selbstverständnis (weil „es sich um Demokratie für aber nicht durch die Betroffenen handelt“).

⁴¹ Es handelt sich um Personen, die Ende der 1940er oder Anfang der 1950er Jahre in der Stahlindustrie ihre Berufsbiographien begannen und spätestens in den Septemberstreiks 1969 zu anerkannten Repräsentanten ihrer Belegschaften geworden sind. In den ersten Untersuchungen zur Montanmitbestimmung aus den 1950er Jahren finden sich Belege dafür, dass die Beschäftigten selbst andere Erwartungen, im Sinne eigener Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz, mit dem Begriff der Mitbestimmung verbinden (Popitz u. a. 1957, 120). Ebenso finden sich schon damals kritische Hinweise auf die Abgehobenheit und „Exklusivität“ der Arbeitnehmerinteressenvertretungsorgane gegenüber den Belegschaften (Pirker u. a. 1955, 422).

⁴² K. Schrade, Betriebsrat aus eben dieser 69er Generation schildert im Kontext einer positiven Bewertung von Gruppenarbeitsprojekten aus den späten 70er und frühen 80er Jahren die in der Beteiligungsdiskussion der frühen 1970er Jahre angelegte Dynamik rückblickend wie folgt: „Und diese Leute von der Vorstandsspitze erklärten uns: Also wir müssten das mal genau sagen, warum die Meister nicht mehr gebraucht würden. ‚Ja Moment, sagt der eine, ‚wenn ihr die Meister nicht mehr braucht, dann braucht ihr auch die Betriebsleiter nicht mehr‘: Da haben wir gesagt: ‚Wenn sie uns so fragen, nicht, das stimmt. (...) Genau in den Nachtschichten, wo in der Regel die Betriebschefs nicht da sind, werden alle Rekorde auf dieser Hütte gefahren‘: Hat der gesagt: Also gut, wenn ihr die nicht mehr braucht, dann kann man ja sagen, dann braucht ihr vielleicht die Vorstände auch nicht mehr‘. Haben wir gesagt: ‚Wenn sie so fragen....‘. Na gut, das war 1970“ Schrade (1994, 27f).

jekte entstand (Fricke u. a. 1981, Weltz/Lullies 1983, Vilmar 1978, Fricke u. a. 1982, Lichte/Reppel 1988). Zu Recht weist W. Fricke in einem neueren Rückblick darauf hin, dass die Gewerkschaften, d.h. die im Falle aller dieser Modellprojekte involvierte IG Metall, entsprechenden Beteiligungsansätzen seinerzeit skeptisch gegenüberstand. Das galt allerdings auch für den Mainstream der industriesoziologischen Forschung, der den genannten, immer auch normativ aufgeladenen, Modellprojekten eher in skeptischer analytischer Distanz gegenüberstand (Kern 1977). Fordistische Arbeitsstrukturen und Arbeitsteilungen zwischen Planung und ausführenden Arbeiten prägten offenbar noch sehr ungebrochen die Vorstellungswelt, nicht nur der Praktiker, und die Gewerkschaften fürchtete, offenbar um die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Interessenvertretungsstrukturen. Erst mit Aufkommen der Japandiskussion zu Beginn der 1990er Jahre (Womack u. a. 1991, Howaldt/Minssen 1993) zog die Beteiligung der Beschäftigten erneut große Aufmerksamkeit auf sich, nun allerdings in Gestalt von manageriellen Partizipationskonzepten (Müller-Jentsch 1993, Sperling 1994, Hilbert/Schmid 1994). Beteiligung hatte bis zum Ende der 1990er Jahre deutlich Konjunktur⁴³. Und auch die großen Industriegewerkschaften sahen sich nunmehr genötigt, ihrerseits Beteiligungsprojekte in der Hoffnung aufzulegen, darüber die Handlungsfähigkeit der repräsentativen Interessenvertretungen in Bezug auf betriebliche Reorganisationsprozesse zu verbessern. Diese Projekte waren im Organisationsbereich der IG Metall durchaus erfolgreich⁴⁴, konnten aber nicht in Form von Schneeballeffekten ausstrahlen. (Frerichs/Martens 1999a u. b).

Mit dem Ende der Dekade kam diese Beteiligungseuphorie allerdings erkennbar an ihr Ende (Dörre 2002). Selbst unternehmensfinanzierte Beteiligungsprojekte, für die deutlich innovatorische und effizienzsteigernde Effekte nachgewiesen wurden (Jürgehake u. a. 1999) vermochten unter diesen Umständen nicht mehr, Impulse für verstärkte Anstrengungen zu setzen.⁴⁵ Seit der Mitte der jüngsten Dekade ist Beteiligung dann im Rahmen gewerkschaftlicher Kampagnen wie „besser statt billiger“ erneut zu einem Thema geworden, nun im Hinblick auf die Beeinflussung unternehme-

⁴³ Konzeptionell schon in den Beiträgen der Arbeitsgruppe Partizipation an der Universität Bielefeld (Backhaus u. a. 1978, oder, im Blick auf Osteuropa Gramatzki/Nutzinger 1986), empirisch und konzeptionell für die 1990er Jahre siehe etwa Jürgehake u. a. 1999, Gold 2003, Felger u. a. 2003, für die jüngste Entwicklung Brinkmann u. a. 2008a).

⁴⁴ Das vergleichbare Projekt „Experten in eigener Sache“ der IG Chemie wurde nie extern evaluiert.

⁴⁵ Die Untersuchung von Jürgehake u. a. (1999, vgl. auch Martens 2002) hat bei der Thyssen-Krupp Stahl AG, unterschiedliche Beteiligungsmodelle, von stabil dauerhaft eingerichteten selbst tragenden Beteiligungsgruppen über kurzzeitig betriebene Innovationszirkel bis zu ebenfalls zeitlich und thematisch begrenzten Gesundheitszirkeln, aus den Vorläuferunternehmen des Konzerns in den 1990er Jahren anhand einer Vielzahl von Fallstudien (30 Fallstudien und eine Vielzahl von Hintergrundgesprächen auf der zweiten Führungsebene des Unternehmens) untersucht. Beteiligung war hier immer in vorgegebene Ziele und Handlungsrahmen eingebettet, bot aber in unterschiedlichem Maße Raum für selbsttätig in der Gruppe organisierte Arbeitsprozesse. Die soziologischen Analysen wurden durch statistische Auswertungen seitens einer unternehmensinternen Projektgruppe ergänzt, die Fragen der Effizienzsteigerung vertiefend nachging und zu eindeutig positiven Ergebnissen kam (Beth von der Warth 1999).

rischer Entscheidungsprozesse im Zusammenhang einer Zunahme von Standort-schließungen im Zeichen von Offshoring und Going East (IG Metall NRW 2008, Martens/Dechmann 2010, 98-105). Ob und wie weitgehend in der Praxis neben Betriebsratsbeteiligung auch Beschäftigtenbeteiligung gemeint ist bzw. erreicht wird, ist nach dem bisherigen Forschungsstand weitgehend ungeklärt.

Die Entwicklung ist also höchst widersprüchlich. Es gibt in der Sphäre der Wirtschaft Weiterentwicklungen der konstitutionellen Fabrik und entwickelte Formen repräsentativer Demokratie. Diese sind umkämpft. Sie waren, wie auch die Institution gewordenen Gewerkschaften selbst, insbesondere in der Phase der „neoliberalen Konterrevolution“ deutlichen Erosionsprozessen ausgesetzt. Gegenläufig dazu werden aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs heraus Überlegungen für ein „Change Management“ entwickelt, das partizipativ und dialogorientiert einen radikalen Organisationswandel „durch die Unternehmensleitung und die betriebliche Interessenvertretung“ bei „Anerkennung von Beschäftigten als Subjekte einer nachhaltigkeitsorientierte Unternehmenstransformation“ anregen will (Becke 2008). In Folge der konsequenten Durchsetzung marktradikaler Unternehmensstrategien lassen sich in der jüngsten Vergangenheit neuerliche Mobilisierungsprozesse und Partizipationsansprüche der Beschäftigten, gerade auch aus der Gruppe der hoch qualifizierten, beobachten (Martens / Dechmann 2010), in denen es dann eher um soziale Nachhaltigkeit geht. Es gibt somit auch keine eindimensionale Logik der fortschreitenden Selbstunterwerfung der Vielen, und es gibt strategische Wahlmöglichkeiten für die Gewerkschaften (Brinkmann u. a. 2008b). Die veränderte gesellschaftliche Basis – also die Ambivalenzen der Entwicklung, das tatsächlich eminent gewachsene Demokratiepotezial - ist in den demokratiethoretischen Debatten der Gegenwart, auch in den kritischsten Auseinandersetzungen mit der politischen Philosophie, der der Demos ja schon immer zutiefst suspekt gewesen ist, jedoch praktisch nicht präsent. Schon gar nicht beziehen diese Debatten die gesellschaftliche und keineswegs private Sphäre der Produktion bewusst mit ein.

Die entsprechenden Fragen wären heute, auf der Höhe der Zeit, also diesseits alter, planwirtschaftlich orientierter Steuerungskonzepte, erneut zu stellen, nachdem die Steuerungskonzepte der Finanzmarktgetriebenen Globalisierung⁴⁶ offenkundig zu katastrophalen Folgen führen. Gegenüber ihrer Orientierung auf Eliten, die gesellschaftlicher Kontrolle weitestgehend enthoben sind, wäre der demokratiefeindliche Charakter hajekanischer Konzepte klar kenntlich zu machen, die Forderung nach radikaldemokratischen Ansätzen neu zu begründen und zu präzisieren. Dabei müsste man allerdings die Stoßrichtung alter wie neuer, heute „primärer“ arbeitspolitischer Ansätze gründlich sichten. Ansätze primärer Arbeitspolitik, die u. a. auch zu mitbestimmungspolitischen Reflexionen anregen (Martens/Dechmann 2010, 94-116), sind für wirtschaftsdemokratische Neuansätze allerdings vor allem aufgrund der in ihnen

⁴⁶ Bei Demirovic (2007, 257-263) werden sie vor dem Platzen der Spekulationsblase in der Weltfinanzkrise 2008 zusammenfassend diskutiert im Hinblick auf wirtschaftsdemokratisch relevante Fragen und mit Zweifeln daran, „dass dieser Kreislauf längerfristig stabil bleiben kann“ (a. a. O. 260).

sichtbaren unmittelbaren Partizipations- und Beteiligungsansprüche bedeutsam. Hinzukommen müssen allerdings angesichts der Krise des neoliberalen Paradigmas auch neue Überlegungen zu externen Regelsetzungen, wobei man sicherlich auch über neue institutionelle Formen nachdenken sollte. Die Spanne der jüngsten Debatten von radikalen wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen bis hin zu freien Kooperationen einer solidarischen Ökonomie (Krätke 2008, Demirovic 2008, Altvater 2006) ist breit und die „Zeitenwende“ der seit der Weltfinanzkrise noch unabsehbaren krisenhaften ökonomischen Entwicklung belebt, für manche überraschend, die Debatte um Wirtschaftsdemokratie. Aktuelle gewerkschaftliche Forderungen, wie etwa der Frankfurter Appell der IG Metall (IG Metall 2009) und entsprechende praktische Bemühungen, „in den Kernregionen der Automobilindustrie (...) Zeit zu gewinnen, um die Problemlagen zu sortieren und einer Industrie und Branchenpolitik wieder als zentrales Politikfeld zum Durchbruch zu verhelfen“ (Knauß 2009, 35), setzen allerdings – soweit überhaupt konzeptionell argumentiert wird, ganz in der oben skizzierten, durch O. Brenner geprägten Tradition - auf der Ebene der repräsentativen Mitbestimmung an.

Dies ist von der hier geführten Argumentation aus sträflich verkürzt. Überhaupt hat man den Eindruck, dass der auch in den Monaten seit Veröffentlichung des Frankfurter Appells – weitgehend mit der institutionalisierten Mitbestimmung synonym verwendete - Begriff der Wirtschaftsdemokratie hier zunächst einmal nicht mehr ist als eine Worthülse, oder ein Rückgriff auf alte, bis dahin allem Anschein nach fast schon obsolet gewordene, Konzepte⁴⁷. Ein problematischer Mangel neuer strategischer Reflexion wird auch daran sichtbar, dass eine kritische Bestandsaufnahme der bisherigen Mitbestimmungspraxis fehlt, die natürlich auch durch das neoliberale Rollback der letzten Dekaden geprägt wurde (Dörre 2002a u. b). Auch sind Vorstellungen zur Institutionalisierung Unternehmensübergreifender, etwa strukturpolitischer Steuerungsansätze in diesem ersten Konzeptpapier der IG Metall, das Antworten auf die Weltwirtschaftskrise vorschlägt. Eine Vertiefung entsprechender Überlegungen zu einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“ bedürfte aber wohl vor allem des systematischen Rückbezugs auf die hier skizzierten Debatten zur Krise der Demokratie. Die demokratiethoretisch entscheidende Frage nach dem Souverän kann bei einer Neuthematisierung von Wirtschaftsdemokratie auf der Höhe der Zeit nicht umgangen werden. Fragen direkter Beteiligung der Arbeitenden – von Fragen der Gestaltung ihrer unmittelbaren Arbeitsbedingungen bis hin zu strategischen Fragen etwa der Produkt- und Verfahrensinnovationen oder der Investitionstätigkeiten⁴⁸ gehören dann

⁴⁷ Es sei daran erinnert, dass der Bericht der von Hans-Böckler und Bertelsmann-Stiftung gemeinsam ins Werk gesetzten Kommission Mitbestimmung (1998) geradezu darauf hinauslief Mitbestimmung nur noch allein am Maßstab ihres Beitrags zur Sicherung und Steigerung ökonomischer Effizienz zu messen (kritisch dazu Martens 1999).

⁴⁸ Und alle diese Fragen haben in den Standortkonflikten des letzten Konjunkturzyklus oder bei den z. T., ja durchaus erfolgreichen gewerkschaftlichen Versuchen zur Durchsetzung von „Besser-Strategien“ gegen die „Billig Falle“ v. a. durch die Hoffnung auf Lohnkostensenkungen motivierter Standortverlagerungen ihre Rolle gespielt (Martens, Dechmann 2010, 98-

mit auf die Tagesordnung. Gleichwohl handelt es sich bei der neu einsetzenden Debatte um Wirtschaftsdemokratie durchaus um bemerkenswerte programmatische Schritte auf dem Weg zu vielleicht einem neuen „grünen New Deal“, über den das „mehr Demokratie wagen“ von 1969 wirklich von neuem, und in radikalierter Weise, in auf die politische Tagesordnung gesetzt werden könnte.

5. Schlussbemerkung

Solange die epochalen Umbrüche der letzten Jahrzehnte Reichtum steigernd erfolgen konnten, jedenfalls für relevante Bevölkerungsmehrheiten innerhalb der Triade, die Effekte einer zunehmender soziale Spaltung der Gesellschaft noch beherrschbar und die ökologischen Folgen der stetigen Externalisierung von Kosten noch verkraftbar, bzw. in eine fern erscheinende Zukunft abschiebbar erschienen, hat die Aufrechterhaltung des Verhältnisses von „Herr und Knecht“ in der Sphäre der Ökonomie noch „recht ordentlich“, und im Sinne des Foucault'schen Theorems der fortschreitenden Selbstunterwerfung der gesellschaftlichen Subjekte unter sich stetig modernisierende Ordnungssysteme, funktioniert. Zugleich hatten die demokratietheoretischen Impulse der reformpolitischen Konstellation am Ende der 1960er Jahre von den Institutionen der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft in der hier skizzierten Weise ziemlich erfolgreich verarbeitet werden. Ja die Beherrschten, die Menge der Vielen, konnte in dem dann einsetzenden Prozess paradoxaler Wunscherfüllungen in unterschiedlichen Formen zu verstetigten Prozessen der Selbstunterwerfung erfolgreich veranlasst werden. Die ökonomischen Eliten wurden kaum infrage gestellt, die politischen Eliten kümmerten sich um die Setzung und/oder Anpassung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen⁴⁹ – beide waren im Übrigen als Eliten in der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ der Bundesrepublik zunächst auch nicht mehr so scharf sichtbar, und die gewerkschaftlichen Funktionseliten gesellten sich ihnen zudem noch, scheinbar auf Augenhöhe, hinzu. All dies hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten erkennbar verändert.⁵⁰

Die Ökonomischen Bedingungen der kurzen „goldenen“ Jahrzehnte des Fordismus sind heute nicht mehr gegeben. Das ihn tragende Institutionengefüge ist seit langem fortschreitenden Erosionsprozessen ausgesetzt, und die Krise der immer noch herrschenden „TINA-Politik“ unserer postdemokratischen Konsensgesellschaften dringt allmählich in das öffentliche Bewusstsein, nachdem sie über ein Jahrzehnt hinweg in akademischen Diskursen erörtert worden ist. Antworten sind nur von neuen politi-

104, [www. Standortkonflikte.de](http://www.Standortkonflikte.de)). Es geht also keineswegs einfach um theoretische Debatten, sondern es gibt neue praktische Anknüpfungspunkte, auf die sie zurück zu beziehen wären.

⁴⁹ Und auch die Bewältigung der neuen ökologischen Herausforderungen schien manchen in diesem Kontext im Sinne der Emergenz systemischer Prozesse als eine zu bewältigende Herausforderung (kritisch Lange 2008: 28f).

⁵⁰ H.-J.Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, spricht heute zu Recht von einem inzwischen drohenden „anerkenntnispolitische Ausschluss der Gewerkschaften aus den korporatistischen Funktionseliten“ (Urban 2008, 7).

schen Initiativen und von politischen Innovationen zu erwarten, die zentral auf eine demokratische Erneuerung von Politik zielen. In einer Welt, die zunehmend durch globalisierte Märkte einer kapitalistischen Ökonomie geprägt ist, haben die Angehörigen der politischen Eliten deren Gestaltung zunehmend aus der Hand gegeben. Dies ist geschehen im Rahmen eines „neoliberalen Einheitsdenkens“, das ökonomische Prozesse wesentlich nur noch aus der „Froschperspektive“ einzelwirtschaftlicher Rationalität denkt, dabei eine stetige Externalisierung der Kosten betreibt und so gesellschaftlich krisenhafte Wirkungen – in ökonomischen, sozialen, ökologischen und institutionellen Dimensionen – erzeugt, und die Menschen schmerzliche Erfahrungen damit machen lässt, dass das private, einzelwirtschaftliche Handeln eine zutiefst gesellschaftliche Veranstaltung ist.

Die wissenschaftlichen Debatten über die Krise demokratischer Politik führen deshalb über die ihnen eigene Begrenzung auf die Sphäre der politischen Demokratie in einem der Agora der griechischen Polis nachempfundenen öffentlichen Raum hinaus – und zwar durchaus mit Argumenten, die die radikal republikanisch denkende H. Arendt, als eine wichtige Referenzautorin dieser Debatte selbst liefert, entgegen ihrer eigenen strikten begrifflichen Trennung von arbeiten, herstellen und handeln. Die im vorliegenden Aufsatz angestellten Überlegungen führen so zu der Frage, ob nicht aussichtsreiche politische Initiativen – durchaus im Sinne des von H. Arendt – hierbei strikt kantianisch argumentierend - so bezeichneten „Wunders der Politik“, also der dem menschlichen Handeln eigenen Möglichkeit „eine Kette von selbst anzufangen“, auch Fragen einer Demokratisierung der Wirtschaft neu aufgreifen müssten. Dass dazu auf das historisch weiter entfaltete Potential der lebendigen Arbeit zurückgegriffen werden kann, wäre an dieser Stelle, anknüpfend an Hegel und Marx, zu ergänzen – und man kann dabei sogar mit H. Arendt gegen sie selbst weitertreibend argumentieren. Dass dann bei einem wirklichen Nachdenken über eine „neue Wirtschaftsdemokratie“ nicht einfach an ältere Konzepte angeknüpft werden kann, liegt angesichts schwieriger demokratietheoretischer Fragen wie auch solcher der effizienten und gesellschaftlich verantwortlichen, nachhaltigen Steuerung ökonomischer Prozesse auf der Hand. Aus allen Beteiligungsdebatten seit dem Ausgang der 1960er Jahre wissen wir aber, dass Funktionalität und Selbstorganisation die Pole sind, zwischen denen sich jede denkbare Form von Beteiligung bewegt. Soll Beteiligung in der Wirtschaft wirtschaftsdemokratische Potentiale entfalten, muss sie dazu tendieren, die ihr zunächst vorgegebenen Bedingungen selbst anzueignen und zum Gegenstand eigener Entscheidung zu erklären.

Es wird auch deshalb unumgänglich sein, die Demokratiefrage neu und radikaler zu stellen. Dabei entstehen neue Lösungsvorschläge nicht einfach im innerwissenschaftlichen Diskurs. In diesem Sinne sollte man sich also nicht „in die Spielkiste der Institutionenbaukästen locken lassen“ (Wolf 2008b) Gleichwohl wäre eine intensivere Diskussion der bislang v. a. von A. Demirovic, aufgeworfenen Frage nach der „Demokratie in der Wirtschaft“ wünschenswert. Produktiv dürfte sie sich aber vor allem dann führen lassen, wenn es gelingt, dazu Erfahrungen aus alten Ansätzen und neu-

en arbeitspolitischen Initiativen im Sinne von „Fundsachen“ mit verstärkten konzeptionellen Anstrengungen zu verknüpfen.

Literatur:

- Abelshauer, W., (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Agamben, Giorgio. (2002): Homo sacer, Frankfurt am Main
- Aglietta, Michel. (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg
- Altvater, Elmar. (2006) Solidarische Ökonomie,. Die Antwort auf die neoliberale Konterrevolution, in: Widerspruch, H. 50
- Altvater, Elmar; Sekler, Nicola. (2006): Solidarische Ökonomie, Hamburg
- Arendt, Hannah.(1974): Über die Revolution, München-Zürich
- Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hg. Von Ursula Ludz, München/Zürich
- Arendt, Hannah. (2003): Denktagebuch (Hg. Von Ursula Ludz u. Ingeborg Nordmann), 2 Bände, Zürich
- Backhaus, Jürgen; Eger, Thomas.; Nutzinger, Hans.G. (1978): Partizipation in Betrieb und Gesellschaft, Frankfurt/New York
- Bauman, Zigmunt (1999): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg
- Bauman, Zigmunt (2003): Die flüchtige Moderne, Frankfurt am Main
- Becke, Guido (2008): Veränderung durch Erhalten – ‚Change Management‘ zur Unternehmensnachhaltigkeit aus der Perspektive der Organisationsforschung, in: Lange, H. (Hg.): Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises?, Wiesbaden, SA. 167-188
- Behrens, Martin.; Kädtler, Jürgen. (2008): Betriebliche Restrukturierung und Partizipation. Wie viel Teilhabe erlauben unterschiedliche Rationalisierungsansätze? in. Industrielle Beziehungen; Heft 1/2008, S. 76-100
- Beth von der Wart, A. (1999): Bestandsaufnahme Beteiligungsprozesse TKS, Statusbericht, Duisburg (unveröffentlicht)
- Biesecker, Adelheid (2004): Arbeit und Ökologie – Thesen. In: Scholz, Dieter; Glawe, Heiko; Martens, Helmut; Paust-Lassen, Pia; Peter, Gerd; Wolf, Frieder Otto. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster
- Bischoff, Jürgen ; Detje, Richard (2009): Europa vor der Spaltung? Struktur- und institutionenkonservierende Krisenpolitik der Europäischen Union, in: Sozialismus 4/2009, S. 26 bis 31
- Borsdorf, Ulrich (1982): Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln
- Bourdieu, Pierre (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz
- Brigl-Matthias, Kurt (1926) Das Betriebsräteproblem, Berlin
- Brinkmann, Ulrich; Benthin, Rainer.; Dörre, Klaus (2008a): Culture Club oder demokratische Teilhabe? Unternehmenskultur und Mitbestimmung im neuen Marktkapitalismus, in: Benthin, Rainer.; Brinkmann, Ulrich (Hg.): Unternehmenskultur und Mitbestimmung. Betriebliche Integration zwischen Konsens und Konflikt, Frankfurt/New York
- Brinkmann, Ulrich; Choi, Hae-Lin; Detje, Richard.;Dörre, Klaus; Holst, Hajo; Karakayali, Serhat; Schmalstieg, Catharina (2008b): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Crouch, Colin. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Crouch, Colin.; Pizzorno, Alessandro (1978): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968, 2 Bände, London/Basingtake

- Dahrendorf, Ralf (2009): Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik? Sechs Anmerkungen, in: Merkur Nr. 720, Mai 2009
- Dechmann, U.; Martens, H. (2009):
- Demirovic, Alex. (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme - Perspektiven, Münster
- Demirovic, Alex (2008). Wirtschaftsdemokratie, Rätedemokratie und frei Kooperationen, in: Widerspruch 55/2008, S. 55-68
- Dienel, Peter. C. (1977): Zum Schlüsselproblem Legitimation. Ein praktiziertes Modell, in: Matthöfer, Hans (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen: Legitimation und Partizipation angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen, Villingen
- Dienel, Peter C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- Dörre, Klaus (2002): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus, Wiesbaden
- Dörre, Klaus (2008): Postdemokratie und Gewerkschaften, in: Widerspruch 55/208, S. 95-110
- Dräger, Klaus (2007): Visionen für ein Sozialsystem: Hat die Linke ein Projekt für Europa?, in: Diekmann, L.; Ellenberger, L.; Nitzsche, F. (Hg.): Erneuerung des Sozialstaates in Europa, Berlin, S. 58-77
- Eberwein, Wolfgang; Tholen, Jürgen (unter Mitarbeit von Siegfried Braun und Adolf Brock) (1982): Belegschaften und Unternehmer. Die Geschichtliche Herausbildung der aktuellen Betriebsverfassung und betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland (5 Bde), Bremen
- Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland, Bonn
- Enzensberger, Hans Magnus (1994): Diderots Schatten, Frankfurt am Main
- Fach, Wolfgang (2008): Das Verschwinden der Politik, Frankfurt am Main
- Felger, Susanne, Kruse, Wilfried; Paul-Kohlhoff, Angela; Senft, Silke (2003): Partizipative Arbeitsorganisation. Beteiligung jenseits von Naivität, Ergebnisse aus dem PartArt-Projekt, Dortmunder Beiträge aus der Sozial- und Gesellschaftspolitik, Band 43, Münster-Hamburg-London
- Frerichs, Joke; Martens, Helmut (1999a): Betriebsräte und Beteiligung. Ergebnisse einer Evaluation des Teilprojekts „Beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Betriebspolitik“ im OE-Prozess der IG Metall, Dortmund/Köln
- Frerichs, Joke; Martens, Helmut (1999b): Projektmanagement und Beteiligung in der Betriebspolitik. Betriebspolitische Innovationen im Rahmen gewerkschaftlicher Organisationsentwicklung, in: ARBEIT, Heft 4/1999, S. 389-404
- Fricke, Werner. (2004): Drei Jahrzehnte Forschung und Praxis zur Humanisierung der Arbeit in Deutschland – eine Bilanz, in: Weber, Wolfgang, W.; Pasqualoni, Pier-Paolo; Burtcher, Christian (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung, Göttingen, S. 144-168
- Fricke, Werner (2007): Demokratische Beteiligung – das Fundament einer Unternehmenskultur von unten. Erfahrungen (nicht nur) mit dem Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“, in: Benthin, Rainer.; Brinkmann, Ulrich (Hg.): Unternehmenskultur und Mitbestimmung. Betriebliche Integration zwischen Konsens und Konflikt, Frankfurt am Main
- Fricke, Else ; Fricke, Werner; Schönwälder, Manfred; Stiegler, Barbara (1981): Qualifikation und Beteiligung. Das Peiner Modell zur Humanisierung der Arbeit, Frankfurt am Main
- Fricke, Werner; Peter, Gerd; Pöhler, Willi (1982): Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen – Arbeitnehmer verändern ihre Arbeitsbedingungen, Düsseldorf
- Georg, Arno; Peter, Gerd (2007): Grenzkonflikte in Arbeitssituationen, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit, Hamburg, Hamburg, S. 313-337
- Goeudevert, Daniel (2008): Das Seerosenprinzip. Wie uns die Gier ruiniert, Köln
- Gold, Micheal (2003): New Frontiers of Democratic Participation at Work, Aldershot and Burlington

- Gramatzki, Hans-Erich, Nutzinger Hans, G. (1986): Betrieb und Partizipation in Osteuropa, Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1969): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied und Berlin (erste Auflage 1962)
- Heil, Reinhard; Hetzel, Andreas (Hg.) (2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Hilbert, Josef; Schmid, Josef (1994): Wirtschaftsstandort und Zukunft des Sozialstaats, Marburg
- Hindrichs, Wolfgang; Jürgenhake, Uwe; Kleinschmidt, Christian; Kruse, Wilfried; Lichte, Rainer; Martens, Helmut (2000): Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen
- Höpner, Martin (2008): „Die Sache wird allmählich gefährlich“, in: FR, 24.05., S. 17
- Hoppmann, Klaus; Stötzel, Berthold (1981): Demokratie am Arbeitsplatz. Ein Modellversuch zur Mitwirkung von Arbeitnehmern an betrieblichen Entscheidungsprozessen, Frankfurt a. M. /New York, Schriftenreihe „Humanisierung des Arbeitslebens“ Bd. 20
- Howaldt, Jürgen; Minssen, Heiner (Hg.) (1993): Lean, leaner...? Die Veränderung des Arbeitsmanagements zwischen Humanisierung und Rationalisierung, Dortmund
- IG Metall NRW (2008): Standortverlagerung – Fehlentscheidungen kosten Arbeitsplätze und Geld. Industriepolitische Memorandum – Projekt „Kompetenz und Innovation“, Düsseldorf
- IG Metall (2009): Aktiv aus der Krise. Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionsplan der IG Metall. FfM, März 2009
- Jungk, Robert.; Müllert, Norbert. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Jürgenhake, Uwe; Lichte, Rainer; Martens, Helmut; Sczesny, Cordula (unter Mitarbeit von Heßling, Alexandra) (1999) Bestandsaufnahme der Beteiligungsverfahren bei TKS): Einschätzungen und Meinungen von Führungskräften verschiedener Ebenen und betrieblichen Experten, Dortmund (Forschungsbericht)
- Kambartel, Friedrich. (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, Axel. (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt am Main, S. 123-139
- Kern, Horst. (1974): Die Bedeutung der Arbeitsbedingungen in den Streiks 1973, in: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '74, Frankfurt am Main, S. 25-43
- Kern, Horst (1977): Vom Unfug der „autonomen Arbeitsgruppe“, in: Der Gewerkschafter 1/1977, 16ff
- Knauß, Dieter (2009): Es geht um mehr! Gewerkschaftliche Mobilisierung gegen die Krise, in: Sozialismus, 6/2009, S. 32-35
- Kommission Mitbestimmung (1998): Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bilanz und Perspektiven, Gütersloh
- Krämer, Jürgen (1978): Erfahrungen mit neueren Partizipationsmodellen im Rahmen von Sanierungs- bzw. Stadterneuerungsmaßnahmen, in Bolte, Karl Martin (Hg.): Materialien aus der Soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28.09. bis 01.10. 1976 in Bielefeld, Darmstadt und Neuwied, S.102-119
- Krätke, Michael R. (2008): Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie und Kontrolle der Finanzmärkte, in: Widerspruch 55/2008, S. 5-16
- Lange, Hellmuth (2008): Radikaler Wandel? Drei Schwierigkeiten im Umgang mit einem sozialwissenschaftlichen Kernthema, in: ders. (Hg.): Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises?, Wiesbaden, S. 13-42
- Lange, Hellmuth (2009): Nachhaltigkeit als Anreiz für radikale gesellschaftliche Innovationen, Vortrag auf dem Workshop „Soziale Innovation, sfs 13.02. 2009 (Foliensatz und Mitschrift)
- Lepsius, Mario-Rainer (2008): Blicke zurück und nach vorne. M- Rainer Lepsius um Gespräch mit Adalbert Hepp und Martina Löw, in: Hepp, Adalbert; Löw, Martina (2008)M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession, Frankfurt/New York, S.11-75

- Lichte, Rainer; Reppel, Rolf (1988):Beteiligungsgruppen im Kaltwalzwerk – ein Modell?, in: Roth, S.; Kohl, H. (Hg.):Perspektive: Gruppenarbeit, Köln,
- Lieb, Anja, (2009): Demokratie: ein politisches und soziales Projekt? >Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Liebermann, Sascha (2009): Die Vielfalt der Möglichkeiten ist bestechend – Chancen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, in: Neuendorff, Hartmut; Peter, Gerd.; Wolf, Frieder Otto. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg, S. 146-161
- Lipietz, Alain (1993): Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology, and Democracy, Cambridge
- Loer, Thomas (2009): Staatsbürgerschaft und bedingungsloses Grundeinkommen – die Anerkennung der politischen Gemeinschaft, in: Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg, S. 84- 99
- Manow, Philip (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- Martens, Helmut (1990): Mitbestimmung und Demokratisierung. Überlegungen zu einer Bestandsaufnahme des gewerkschaftlichen Reformkonzepts, GMH, 8/1990, S. 481 – 493
- Martens, Helmut (1998): „Reflexive Demokratie – 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum, die Bürgerrolle wirklich zu öffnen“ – Tagungsbericht, in: ARBEIT 2/1998, S. 179-181
- Martens, Helmut (1999): Auslaufmodell oder Reformkonzept für die moderne Teilhabegesellschaft. Eine kritische Würdigung der Ergebnisse der neuen Kommission Mitbestimmung von Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann Stiftung, in: Soziale Welt, 1/1999, S. 67 – 86
- Martens, Helmut (2002a): Beteiligung ist aus vielerlei Gründen ein schwieriges Projekt. Beteiligungsansätze in der deutschen Stahlindustrie in den 1990er Jahren, in: Martens, H. (2002) Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, Münster-Hamburg-London, S. 174- 193
- Martens, Helmut (2002b): Demokratisierung der Demokratie oder Akzeptanzbeschaffung für technokratische Planungen? Zum Stellenwert von Beteiligung in Prozessen der Technikfolgenabschätzung und –bewertung, in: Martens, H. (2002) Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, Münster-Hamburg-London, S. 85-104
- Martens, Helmut (2002c): Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu. Zehn Thesen zu Bilanz und Perspektiven der Mitbestimmung, in: Martens, H. (2002) Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, Münster-Hamburg-London, S. 18-52
- Martens, Helmut (2008): Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der Gewerkschaften, in: Lidner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.) (2008): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Frieder Otto Wolf, Münster
- Martens, Helmut; Peter, Gerd (Hg.) (1989): Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung, Wiesbaden
- Martens, Helmut; Dechmann, Uwe (2010): Am Ende der Deutschland AG: Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster (i. E.)
- Meier, Christian (2009): „Bin ich ein Auslaufmodell, dass ich nach der Zukunft frage?“, Interview in SZ 16.02. 2009
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main
- Moldaschl, Manfred (2007): Die regelmäßige Wiederkehr anthropologischer Grundirrtümer. Menschenbilder der Ökonomik und Hirnforschung, in: Schmidinger, Heinrich (Hg.): Innovation, Kunst, Technik. Der Mensch – ein kreatives Wesen? (Reihe Topologien des Menschlichen, Bd. V), Darmstadt
- Müller-Jentsch, Walther (1974): Die spontane Streikbewegung 1973, in: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '74, Frankfurt am Main, S. 44-53,

- Müller-Jentsch, Walther (1993). Organisation und Mitbestimmung. Evolution einer diffizilen Synthese, ind. Ders.: (Hg.): Profitable Ethik, effiziente Kultur. Neue Sinnstiftungen durch das Management? München und Mering
- Naphtali, Fritz (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Negt, Oskar (1967): Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung, Frankfurt am Main
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt am Main
- Oehlke, Paul (2004): Arbeitspolitik zwischen Tradition und Innovation, Hamburg
- Oertzen., Peter v. (1976) Betriebsräte in der Novemberrevolution ((2. erweiterte Auflage) Berlin .Bonn-Bad Godesberg (Erstauflage Düsseldorf 1963)
- Popitz, Heinrich.; Bahrdt, Hans Paul.; Jüres, Ernst August.; Kesting, Hanno (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen
- Perger, Wolfgang; Assheuer, Thomas (2000) (Hg.): Was wird aus der Demokratie? Opladen
- Peter, Gerd (2007) (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg
- Peter, Gerd (2009a): Für eine demokratische Erneuerung der Arbeitsgesellschaft. Oder: Warum die gesellschaftliche Arbeit weiterhin im Zentrum gesellschaftlicher Reform stehen sollte, in: Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg,. S. 68-82
- Peter, Gerd (2009b): Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgestaltung – Neuinterpretation und Aktualität des HdA-Programms, Dortmund (Manuskript)
- Peter, Gerd; Wolf, Frieder Otto (2006): Das Ganze der Arbeit und ihre Subjektivierung – Arbeitsthesen im Hinblick auf eine andere arbeitspolitische Forschung, in: Scholz, Dieter; Glawe, Heiko; Martens, Helmut; Paust-Lassen, Pia; Peter, Gerd; Reitzig, Jörg; Wolf, Frieder Otto (Hg.): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster, S.126-142
- Peter, Gerd; Wolf, F.O. (unter Mitarbeit von Pia Paust-Lassen und Andreas Peter) (2007): Welt ist Arbeit. Im Kampf um eine neue Ordnung, Münster
- Peter, Gerd; Paust-Lassen, Pia, Wolf, Frieder O. (2009): Neue Arbeitspolitik und politische Ökologie zusammen denken. Was lässt sich aus dem Exemmpel des alten HdA_Programms lernen?, in PROKLA, 156, S. 459-474
- Pirker, Theo (1978): Von der Mitbestimmungsforschung zur Partizipationsforschung. Einleitung in den Themenbereich Partizipation auf dem Soziologentag 1976, in: Bolte, Karl Martin (Hg.): Materialien aus der soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. 9. bis 1. 10. in Bielefeld,. Darmstadt, S. 20-40
- Pirker, Thao.; Braun., Siegfried.; Hammelrath., Fro (1955):Arbeiter, Management, Mitbestimmung , Stuttgart/Düsseldorf
- Rancière, Jacques. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Schmitt, Carl (1987/1929): Der Begriff des Politischen, Berlin
- Scholz, Dieter (2009): Vorwort: Den Freiheitsbegriff wieder in Besitz nehmen. Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen, in: Neuendorff, Hartmut; Peter, Gerd.; Wolf, Frieder Otto (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg, S. 7-9
- Scholz, Dieter; Glawe, Heiko; Martens, Helmut; Paust-Lassen, Pia; .Peter, Gerd; Reitzig, Jörg; Wolf, Frieder Otto (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Scholz, Dieter, Schmidt-Hullmann; Frank Karrass, Anne; Martens, Helmut; Paust-Lassen, Pia; Pieper, Wolfgang; Wolf, Frieder Otto (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa, Münster
- Schrade, Kurt (1994): „Die Flucht aus der Verantwortung war ihm ein Greuel“, in: Krahn, Karl; Peter, Gerd; Skrotzki, Rainer, (Hg.) (1994): Immer auf den Punkt. Beiträge zur Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung, Arbeitspolitik. Willi Pöhler zum 60. Geburtstag, Dortmund, S. 21-32
- Solty, Ingar. (2008): Barack Obama – ein neuer Clinton oder ein neuer Roosevelt?, in: Das Argument 278/2008, S. 510-514

- Sperling, Joachim (1994): Innovative Arbeitsorganisation und intelligentes Partizipationsmanagement, Marburg
- Streeck, Wolfgang (2008): Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus. Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung, MPIfG Working Paper 08/7, Köln
- Vilmar, Fritz (1981): Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in: Diefenbacher, Hans.; Nutzinger, Hans G. (Hg.) (1981): Mitbestimmung. Probleme und Perspektiven der empirischen Forschung, Frankfurt/New York
- Weinbach, Heike (2003): Diesseits des Patriarchats. Wie philosophieren Hardt und Negri im Empire?, in: Heinrichs, Thomas; Weinbach, Heike; Wolf, Frieder Otto (Hg.): Die Tätigkeit der Philosophen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster, S.65-82
- Weltz, Friedrich; Lullies, Veronika (1983): Innovation im Büro. Das Beispiel der Textverarbeitung, Schriftenreihe Humanisierung des Arbeitslebens, Bd. 38
- Wolf, Frieder Otto. (2001): „Selberausbeutung“ im Übergang wohin? - Überlegungen zur „Neuen Arbeit“ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, Helmut; Peter, Gerd; Wolf, Frieder Otto (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt am Main, S. 211- 242
- Wolf, Frieder Otto (2004) Nachwort: Wie finden wir gemeinsame Perspektiven für (eine) „Neue Arbeit“ in einer und für eine nachhaltige Entwicklung?, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit. Ein Tagungsband, Münster, S. 235-251
- Wolf, Frieder Otto (2006): Der „Epochenbruch“ als historisches Periodisierungsproblem: Epochenmerkmale der jüngeren Vergangenheit, in, Scholz, D. u. a. (Hg.) (2006): Gewerkschaften und Wissenschaft, S. 180-192
- Wolf, Frieder Otto (2007): „Haben wir es nicht auch etwas kleiner? Rückfragen zum überschwänglichen Projekt der Multitude“, in: ders./ Peter, Gerd, Welt ist Arbeit. Im Kampf um eine neue Ordnung, Münster 2007., 65-71.
- Wolf, Frieder Otto (2008a): „Innovationsschübe der industriellen Arbeit im Übergang zur Wissensgesellschaft im globalen und europäischen Kontext – zum Stand der deutschen und europäischen Reformdebatte“, Berlin (Forschungsbericht)
- Wolf, Frieder Otto (2008b): Jenseits der liberalen Demokratie, in: Widerspruch 55, 2008, S. 69-74
- Wolf, Frieder Otto (2008c): Befreiung nach dem Epochenbruch, in: Peter, G.; Wolf, F.O. (unter Mitarbeit von Paust-Lassen, P. und Peter, A.) (2008): Welt ist Arbeit, Münster, S. 72-80
- Wolf, Frieder Otto (2009a): Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden? In: Scholz, Dieter.; Schmidt-Hullmann, Frank; Karras, Anne; Martens, Helmut; Paust-Lassen, Pia; Pieper, Wolfgang; Wolf, Frieder Otto (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“. Münster
- Wolf, Frieder Otto (2009b): Giorgio Agamben und Walter Benjamin. ‚Politik des Banns‘, ‚Souveränismus‘ und ‚messianische Kraft‘* in: Borsìò, V.; Lisko, V.; Witte, B. (Hg.): Politics and Messianism: Kabbalah, Benjamin, Agamben, Würzburg (i. E.)
- Wolf, Frieder Otto; Paust-Lassen, Pia- (2002): Ökologie der Menschheit – Strategien der Nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe, Berlin
- Wolf, Harald. (1999): Arbeit und Autonomie. Ein Versuch über die Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion, Münster
- Womack, James P.; Jones, Daniel T.; Roos, Daniel (1991): Die zweite Revolution in der Automobilindustrie, Frankfurt am Main
- Zinn, Karl Georg (2003): Finanzmarktgetriebene Globalisierung – Einkommenspolitik im Shareholderkapitalismus, in: Wagner, H.; Schild, A. (Hg.): Der Flächentarif unter Druck. Die Folgen von Verbetrieblichung und Vermarktung, S. 23-36
- Zinn, Karl Georg (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76

- Zinn, Karl Georg (2008): Zwischenbilanz: Beschleunigte Talfahrt der Realwirtschaft. Die langfristige Wachstumsabschwächung wurde spekulativ überdeckt, in: Bischoff, J.; Krüger, S., Zinn, K.G. (2008): Finanzkrise, Überakkumulation, und die Rückkehr des Staates, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2008S. 1-18
- Zinn, Karl Georg (2009): Der neue Trend – De-Globalisierung. Die Global Players haben sich schwer verzockt, in: Sozialismus 1/2009, S. 25-28
- Zwickel, Klaus (1995): Globalisierung der Märkte und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in Gewerkschaftliche Monatshefte, 10/1995, S. 585-599